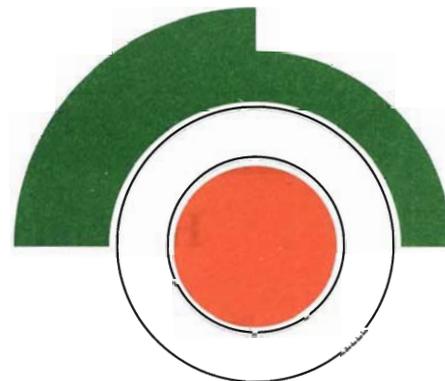


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 4



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 2.3.1999

WORT UND WIDERWORT

Sind die neuen Call-Center Arbeitsplatz-Killer?

Die Zukunftsaussichten des Call-Center-Marktes in Deutschland seien überaus positiv. Es sei zu erwarten, daß bis zum Jahr 2000 die Zahl der Call-Center-Unternehmen in Deutschland um 700 auf 2000 zunehmen werde. Die Zahl der Arbeitsplätze in deutschen Call-Centern werde sich vermutlich bis dahin auf 150 000 mehr als verdoppeln. Die Akzeptanz werde davon abhängen, daß sozialverträgliche Rahmenbedingungen geschaffen würden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Werner Bischoff**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betont, Call-Center böten eine Job-Chance für eine Vielzahl von Berufsgruppen. Nach Umfragen sei für 90 Prozent der Firmen Ziel des Call-Centers die Verbesserung des Kundenservices. Da aber die Service-Leistungen von Call-Centern von überall in der Welt durchgeführt werden könnten, müsse die Politik Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Ansiedlung der Arbeitsplätze im eigenen Land wirtschaftlich sinnvoll bleibe. Die GRÜNE-Abgeordnete **Alexandra Landsberg** unterstreicht, in der Regel erfolge die Einrichtung von Call-Centern als klassische Rationalisierungsstrategie. Weil die Einrichtung von Call-Centern für viele Unternehmen unter Kostengesichtspunkten rentabel sei, würden sie sich am Markt durchsetzen. Die Politik müsse sich daher unter Wahrung der Tarifautonomie für bessere Arbeitsbedingungen in den Call-Centern einsetzen. Call-Center dürften nicht weiterhin eine Art Sonderwirtschaftszone darstellen. (Seite 2)

Wettbewerb für Neubau der Landesvertretung in Berlin

Vier gleiche Preise vergeben

Im Architektenwettbewerb für die Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin ist kein erster Preisträger ermittelt worden. Das Preisgericht hat sich dagegen entschlossen, vier gleiche Preise zu vergeben.

Das teilte Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski (SPD) am 25. Januar vor dem Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung des amtierenden Präsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) mit.

Nach ihren Angaben hatte das aus sechs Fachpreisrichtern und fünf Sachpreisrichtern bestehende Preisgericht 37 Arbeiten zu begutachten und am 23. Januar seine Entscheidung gefällt. Von den vier Preisträgern kommen zwei aus Düsseldorf, einer aus Berlin und einer aus Weimar.

Mit ihnen hat das Preisgericht am 9. Februar in einem Kolloquium ausführlich diskutiert, wie die Entwürfe „aus unserer Sicht“, so die Staatssekretärin, verbessert werden könnten. Bis zum 25. März soll die Überarbeitung abgeschlossen sein. Dann hoffe die Landesregierung, endgültig entscheiden zu können, hieß es.

Das Grundstück im südlichen Tiergarten Berlins ist bereits erworben. Sollte die Lan-

desvertretung dort errichtet werden, befände sie sich in exzellenter Lage. Unmittelbare Nachbarn sind künftig die Botschaften Italiens, Japans sowie der Vereinigten Arabischen Emirate.



In der Pressekonferenz nach seiner Wahl: Der neue CDU-Fraktionsvorsitzende Laurenz Meyer (M.) zwischen seinem Amtsvorgänger Dr. Helmut Linssen (l.) und dem CDU-Landesvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers (r.).

Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

Wirtschaftsverkehr

Die Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ hörte Transportmanager zum Wirtschaftsverkehr in Nordrhein-Westfalen an. (Seite 3)

Zeugenbefragung

Der frühere Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, wurden als Zeugen im U-Ausschuß Forensik gehört. (Seite 5)

Kindesmißbrauch

Mit Kindesmißbrauch und Kinderpornographie hat sich eine Anhörung von Experten unter Federführung des Hauptausschusses befaßt. (Seite 6)

HDO

Der Untersuchungsausschuß „HDO“ hat nach Vernehmung von Beamten und Bankangestellten den Ministerpräsidenten als Zeugen geladen. (Seite 8)

Abiturprüfung

Im Gegensatz zur CDU-Opposition lehnen die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN eine zentrale Prüfung zum Abitur ab. (Seite 10)

Fraktionsgeschichte

Eine parlamentshistorische Untersuchung widmet sich der Aufgabenstellung der CDU-Fraktion in den Jahren von 1946 bis 1980. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Hoffnung auf Arbeitsplätze in Sozialverträglichkeit

Von
Werner Bischoff

Die Zukunftsaussichten des Call-Center-Marktes in Deutschland sind überaus positiv. Es ist zu erwarten, daß bis zum Jahr 2000 die Zahl der Call-Center-Unternehmen in Deutschland um 700 auf 2000 zunehmen wird. Die Zahl der Arbeitsplätze in deutschen Call-Centers wird sich vermutlich bis dahin auf 150 000 mehr als verdoppeln. Die Umsätze von Call-Center-Unternehmen wird sich bis 2000 um über 60 Prozent erhöhen.

Die Aufgaben, die Call-Center übernehmen, sind vielfältig: Sie reichen von einfacher Bestellannahme über die Produkthotline, die Steuerung des Kundendienstes, Adressenverifikation und Marktforschung bis zur rechtlichen oder medizinischen Beratung.

Durch den Einsatz von Call-Centern können Unternehmen ihre interne und externe Kommunikation und ihr Wissensmanagement optimieren. Im Wandel zur Informationsgesellschaft nehmen Call-Center eine Schlüsselstellung ein, denn durch die Nutzung von Fax, E-mail und Internet entwickeln sich Call-Center immer mehr zu multimedialen Kommunikationszentren.

Die Landesregierung hat als Moderator und Dialogpartner im Rahmen der Landesinitiative "media NRW" eine Call-Center-Offensive gestartet. Ziel dieser Offensive ist es, die Investoren mit ausgewählten Partnern eines Expertennetz-

SPD: NRW hat wieder bundesweit anerkannte Standards gesetzt

werkes aus den Bereichen Hardware, Software, Telekommunikation, Kreditfinanzierung, Weiterbildungs- und Qualifizierungseinrichtungen zusammenzubringen. Sie hilft ebenso den Investoren, den günstigsten Standort und eine ausreichende Zahl von qualifizierten Beschäftigten zu finden. Somit ist die Call-Center-Offensive die zentrale Anlauf-, Informations- und Kontaktvermittlungsstelle für alle beteiligten Partner.

Bei der Standortwahl von Unternehmen spielt gerade qualifiziertes Personal eine herausragende Rolle, denn nur dort, wo dies anzutreffen und verfügbar ist, ist eine Ansiedlung attraktiv. Um den Standort NRW entsprechend noch attraktiver zu machen, wurde die Call-Center-Akademie NRW gegründet. Ziel dieser bundesweit einzigartigen Einrichtung ist es, Curricula für Call-Center-spezifische Qualifizierungsmaßnahmen zu erforschen und zu entwickeln. So hat die Call-Center-Akademie NRW beispielsweise gemeinsam mit der IHK-Düsseldorf und Call-Center-Unternehmen einen neuen IHK-Zertifizierungslehrgang „Call-Center-Agent“ entwickelt, der inzwischen bundesweit übernommen worden ist. Darüber hinaus unterstützt die Call-Center-Akademie NRW die Gründung von Fort- und Weiterbildungseinrichtungen mit hohem Qualitätsniveau in ganz Nordrhein-Westfalen.

Die Call-Center-Unternehmen bilden einen neuen Dienstleistungsbereich, der auch von den Beteiligten neue Antworten verlangt. Dabei stehen insbesondere tarifvertragliche Regelungen im Vordergrund mit dem Ziel, z. B. moderne Arbeitszeitsysteme und Qualifizierungsstandards für die Beschäftigten in Call-Center-Unternehmen festzulegen.

Die Akzeptanz dieser neuen Formen von Dienstleistung wird auch wesentlich davon abhängen, daß sozialverträgliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Von
Laurenz Meyer

In Deutschland existieren zur Zeit etwa 1400 Call-Center mit insgesamt 150 000 Mitarbeitern. Nach Schätzungen wird die Zahl der Operator-Plätze in Call-Centern von 30 000 im Jahre 1995 auf 140 000 im Jahre 2001 steigen. Aufgrund des in Call-Centern üblichen Schichtbetriebes wird ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen geschaffen. Allein im vergangenen Jahr sind in Deutschland in diesem Teilarbeitsmarkt ca. 30 000 neue Arbeitsplätze entstanden, darunter 15 000 Vollzeitstellen.

Von dieser Entwicklung kann Nordrhein-Westfalen besonders profitieren, da jedes vierte Unternehmen, das Mitarbeiter in diesem Bereich sucht, seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen hat. Mehr als 5 000 Beschäftigungsverhältnisse sind innerhalb der letzten 18 Monate in NRW entstanden.

Call-Center bieten eine Job-Chance für eine Vielzahl von Berufsgruppen, insbesondere serviceorientierte Fachkräfte mit kommunikativen Fähigkeiten. Nach

CDU: Job-Chance für viele Berufsgruppen

Umfragen ist für 90 Prozent der Firmen Ziel des Call-Centers die Verbesserung des Kundenservices. Da aber die Serviceleistungen von Call-Centern von überall in der Welt durchgeführt werden können, muß die Politik Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Ansiedlung der Arbeitsplätze im eigenen Land auch unter Kostengesichtspunkten wirtschaftlich sinnvoll bleibt. Ansonsten wird die Arbeitsplatzbilanz durch Ausgliedern der Serviceleistungen aus den Unternehmen für NRW negativ ausfallen.

In der Regel existieren in den Call-Centern feste, beitragspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die Schaffung von Tarifverträgen, in denen auch Fragen der Arbeitszeiten inklusive Sonntagsarbeit geregelt werden müssen, bleibt allerdings ein wichtiges Ziel für die Zukunft. Auch muß darauf geachtet werden, daß der prozentuale Anteil der 630-Mark-Jobs in Zukunft nicht weiter steigt.

Zur Zeit wird die Call-Center-Idee vor allem von großen Unternehmen vorangetrieben. Es ist eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung des Landes, mit Hilfe von Forschungsprojekten und Pilotvorhaben die Call-Center-Idee für mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und die freien Berufe wie Anwälte und Architekturbüros nutzbar zu machen. Außerdem bieten die neuen Kommunikationsmöglichkeiten für Behörden die Chance, ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern.

Von
Alexandra Landsberg

Durch die Zusammenlegung von Serviceangeboten in Call-Centern können Unternehmen die gleiche Dienstleistung mit weniger Personal erbringen. Darum führen Call-Center in den betroffenen Unternehmen nicht nur zu einer Reduktion von Kosten, sondern auch zu einem Abbau von Arbeitsplätzen. Call-Center sind Jobkiller.

Oft werden Call-Center von Unternehmen genutzt, um auf kaltem Wege dem Tarifvertrag des Hauptunternehmens zu entkommen. Entsprechend problematisch sind die Beschäftigungsbedingungen in vielen Call-Centern. Die Entlohnung wird häufig unter Tarif gezahlt. Viele Arbeitsverhältnisse – betroffen sind häufig Frauen – sind sozial nicht abgesichert. Den arbeitsfreien Sonntag kennen die Beschäftigten nur noch aus der Erinnerung. Wer acht Stunden am Tag in einer kleinen Kabine vor einem Computer verbringt, vereinsamt.

Call-Center können jedoch auch mit ei-

GRÜNE: Call-Center keine Sonderwirtschaftszone

ner qualitativen Verbesserung des Dienstleistungsangebots der Unternehmen oder der öffentlichen Hand verbunden sein. Wo Wirtschaftsförderung vorher ein undurchsichtiger Dschungel war, kann eine Infohotline – so eingerichtet bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW – den nötigen Überblick verschaffen. Auch in der Privatwirtschaft kann die Klärung komplizierter Fachfragen in einem Service-Center durch zusätzlich geschulte Expertinnen und Experten zentral manchmal besser wahrgenommen werden als vor Ort auf der Basis des alltäglichen Problem-Knowhows. Das Call-Center als verbessertes Serviceangebot eines Unternehmens stellt hohe Anforderungen an die Qualifikation seiner Beschäftigten.

In der Regel erfolgt die Einrichtung von Call-Centern allerdings als klassische Rationalisierungsstrategie. Einen Grund, den Abbau von Arbeitsplätzen zusätzlich mit öffentlichen Fördermitteln zu subventionieren, gibt es nicht. Weil die Einrichtung von Call-Centern für viele Unternehmen unter Kostengesichtspunkten rentabel ist, werden sie sich am Markt durchsetzen. Die Politik muß sich daher unter Wahrung der Tarifautonomie für bessere Arbeitsbedingungen in den Call-Centern einsetzen. Call-Center dürfen nicht weiterhin eine Art Sonderwirtschaftszone darstellen, in der Tarifverträge nicht zur Anwendung kommen.

Anhörung von Transportmanagern zum Wirtschaftsverkehr in NRW

„Das Umsteigen der Güter muß gemeinsam organisiert werden“

Das Rückgrat des Güter- und Wirtschaftsverkehrs in Deutschland sei die Straße, stellt die Enquetekommission in ihrem Fragenkatalog fest, der den eingeladenen Sachverständigen Anfang Februar zugesandt wurde. Über die Straße würden 83,6 Prozent der Güterverkehrsleistung abgewickelt, durch die Binnenschifffahrt sechs, die Bahn acht Prozent. Die Luftfracht, in NRW bedeutend für den Transport hochwertiger und leicht verderblicher Güter am Flughafen Köln/Bonn, werde überproportional steigen, stellt die Kommission fest.

Als erster Redner bedankte sich Abteilungsdirektor Klaus Giesen (Thyssen Haniel Logistik) für die Aufmerksamkeit der Kommission für das Thema Logistik. „Güter müssen umsteigen“, faßte er zusammen, und hierfür müßten Schnittstellen organisiert werden. An der Lösung der Lenkungsfrage sollten Politik, Wirtschaft und Verkehrsdienstleister zusammenarbeiten. Spediteure seien Partner, wenn es darum gehe, Verkehr zu vermeiden, zu verlagern und zu bündeln.

Handel und Hersteller kämpften mit immer mehr Produkten um Kunden in einem oft schon gesättigten Markt, antwortete das Unternehmen auf die Frage nach betriebswirtschaftlichen Ursachen der Verkehrssteigerungen. Auch Marktnischen würden heute systematisch erschlossen. Zugleich hätten sich die Zyklen von Produkten, Produktgruppen, Sortimenten und Kollektionen verkürzt. Immer mehr kleinteilige Lieferungen erfolgten in immer kürzeren Intervallen. Zudem nähmen „Beschaffungsverkehre“ durch Zulieferungen „just-in-time“ in die Produktion zu. Die Folge sei häufig auch eine geringere Auslastung von LKWs. Die Tendenz zu Leerfahrten werde verstärkt. Die Transportentfernungen nähmen zu, weil von wenigen Güterzentralen aus verteilt werde. Die Transportkosten seien stark gestiegen, stellten aber keinen bedeutenden Standortwahl-Faktor dar. Mittelständische NRW-Unternehmen könnten in Nischenbereichen erfolgreich sein, wenn sie Vertrieb, Controlling und Produktion optimierten, lautete die Antwort auf eine andere Frage der Kommission. Partner in der Logistikkette müßten zum Austausch von Informationen bereit sein. Bisher hindere übertriebene Furcht vor zuviel Einblick einen optimierten Warenfluß. Seit der flächendeckenden Einführung mobilen Datenfunks sei die Auslastung der Nahverkehrs-LKW bei Thyssen-Haniel Logistik erheblich gesteigert worden. Optimale Auslastung werde bei Containerschiffen erreicht. Auf der Rheinschiene müßten mehr multimodale Kombiterminals errichtet werden, die den schnellen Umschlag Binnenschiff-LKW und Binnenschiff/Bahn erlaubten. Beim Neu- und Ausbau-Konzept für Güterverkehrszentren (GVZ) sollten fünf „Mega-Hubs“ (Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster) alle Verkehrsträger und zehn kleinere Terminalstandorte in der Fläche vor allem Schiene/Straße sowie Schiff verknüpfen. Die Umschlagleistung in Duisburg-Rheinhausen als bedeutendstem Logistikstandort in NRW werde weiter steigen und müsse kanalisiert werden.

Rüdiger Ostrowski (Verband Spedition und Logistik Nordrhein) widmete sich zunächst gesellschaftspolitischen Zusammenhängen, die er wie folgt zusammenfaßte: „Alle wollen

In einer vom Vorsitzenden Johannes Remmel (GRÜNE) geleiteten öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ trugen Sachverständige der Transport- und Logistikwirtschaft aus NRW ihre Argumente für unternehmerische Entscheidungen über Standorte, Transport und Verkehrsmittel vor. Die 1996 vom Landtag eingesetzte Enquetekommission hat die Aufgabe, Handlungsempfehlungen für eine angemessene Verkehrsinfrastruktur zu erarbeiten, künftige Mobilität zu sichern und Menschen und Umwelt vor Belastungen durch den zunehmenden Verkehr zu schützen. Nachstehend Auszüge aus den (schriftlichen) Stellungnahmen der Sachverständigen, ein abschließender Bericht folgt in einer der nächsten Ausgaben.

es haben, aber keiner will es bezahlen“, und sprach die Hoffnung aus, daß Logistik-Experten künftig mehr als Gestalter tätig werden könnten. Falsch sei die verbreitete Meinung, die produktionsgenaue Anlieferung („just in time“) diene der Kostenersparnis für Lagerraum. Vielmehr hätten sich die Struktur von Sendungen und Beförderungsweiten stark verändert. Bei der Frage, wie „Scheinselbständigkeit“ durch Subunternehmen verhindert werden könne, wies er auf erhebliche Probleme mit der aktuellen sozialpolitischen Gesetzgebung hin, sah die Existenz kleiner und mittlerer Transportunternehmen in Deutschland gefährdet und empfahl Änderungen, die nicht so „weit über das Ziel hinausschießen“.

Transportunternehmen bedienten sich zunehmend der Verpflichtung von (schein-selbständigen) Subunternehmen, weil dadurch Lohnnebenkosten und Ausfälle deutlich reduziert würden, heißt es auch in der schriftlichen Stellungnahme von Bernd Wölfel (Fiege Logistik). Außer durch die Öffnung der DDR hätten sich Absatzschwerpunkte nicht verändert. Bei den Lieferanten gebe es dagegen eine deutliche Verschiebung in Richtung Ost- und Südeuropa samt Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit niedrigeren Kosten. Das Haus Fiege verstehe sich als verkehrsträgerunabhängiger Transportmanager. Die Bahn könne die scharf definierten Zeitfenster in den heute üblichen Systemverkehren nicht erfüllen.

Durch das Projekt Betuwe-Linie könnten effizient Verkehrsströme auf die Schiene verlagert werden. Mit flexibleren privaten Bahnen könnten Logistik-Dienstleister vorteilhaft zusammenarbeiten. Von dezentralen Güterverkehrszentren im Ruhrgebiet sei keine Wirtschaftlichkeit zu erwarten. Der Aufbau eines Netzes von zentralen GVZ sei dagegen sinnvoll. Um die Fokussierung örtlicher Interessen zu vermeiden, solle eine GVZ-Entwicklungsgesellschaft die Planung koordinieren. Außerdem müsse „die Politik“ Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung für ein wirtschaftlich funktionierendes Liniensystem leisten. In den Städten seien über 60 Prozent des Wirtschaftsverkehrs nicht zu ersetzen. Auch bei den verbleibenden Anteilen mit vielen „Problemkunden“ seien keine echten Entlastungen möglich. Nur das Zurückdrängen von Individualverkehr könne zur Entlastung beitragen.

Nach der ersten Fragerunde stellte Rainer Mertel (Kombiverkehr KG) sein Unternehmen als führenden Anbieter von Transportleistungen im Schiene-Straße-Verkehr und als Spezialist für das Marketing von Terminal-Terminal-Verkehren vor. Der Kombiverkehr funktioniere nicht wie gewünscht wegen zu hoher Schienen-Transportzeiten, nicht nur der Deutschen Bahn AG, wodurch Abwanderungen auf die Straße erfolgten. Auch entwickelten sich die Preise der beiden Träger immer weiter auseinander. Ohne ausreichende Untersuchung von Alternativen wer-



Experten und Praktiker der Transport- und Logistikwirtschaft NRW hatte die Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ des NRW-Landtags zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen, die von Johannes Remmel (GRÜNE, Mitte Podium) geleitet wurde. Der Enquetekommission gehören sechs Abgeordnete und sechs von den Fraktionen benannte Sachverständige an.

Foto: Schälte

Anhörung...

(Fortsetzung von Seite 3)

de teilweise der LKW gewählt. Die Entwicklung von Güterverkehrszentren werde unterstützt. Im Vor- und Nachlauf zum Terminal könnten LKW von Autobahngebühren befreit werden.

Auch Dr. Jörg Hilker (Deutsche Bahn Cargo) sprach von verzerrten Preisen beim „unübersehbaren Marktversagen von Schienen und Binnenschiff“. Die Bahn könne ihre Vorteile bei Sicherheit und Umweltfreundlichkeit nur unzureichend geltend machen. Schwächen des Systems Bahn resultierten aus dem hohen Zeitaufwand für Sammelvorgänge, aus Trassenengpässen und Trassenkonflikten durch vertaketen Personennahverkehr und aus unterschiedlichen Bahnphilosophien beim grenzüberschreitenden Verkehr. Im Projekt „Netz 21“ für die Bahn im 21. Jahrhundert seien Vorrangnetze für schnelle und langsame Verkehrsarten, ein Netz für Mischverkehr und ein Regionalnetz vorgesehen. Von der Betuwe-Linie für den Güterverkehr aus den Niederlanden erwarte DB Cargo eine deutliche Belebung. Für NRW sei besonders der nördliche Abzweig wichtig, über den weiterführende Verkehre nach

Fernbahnen und regionalen „Short Lines“ praktizierte Arbeitsteilung für ein für Europa geeignetes Modell. Innerhalb weniger Jahre sollten technisch und betrieblich kompatible Freeways quer durch ganz Europa zur Verfügung stehen, um die Chancen der Schiene im Wettbewerb zu nutzen. Zur besseren Nutzung der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE) sollten Trassenpreise ermäßigt, die Beschaffung von rollendem Material gefördert, Umschlaganlagen und neue Gleisanschlüsse bezuschußt werden. Die Kooperation zwischen DB Cargo und NE müsse erheblich verbessert werden. Seine Firma verzahne im Kölner Raum zum Vorteil beider Partner die Produktion durch gemeinsame Nutzung von Güterwagen und Datenaustausch betrieblicher Abläufe.

Dr. Dieter Lindenblatt (Thyssen Krupp Stahl) erläuterte Gründe für den Anstieg von Verkehrsleistungen, ähnlich wie seine Vorredner, und wies zur Kritik an Transporten homogener Güter über weite Entfernungen, obwohl regionale Produkte verfügbar wären, auf die „Konsumentensouveränität“ als Eckpfeiler unserer Wirtschaftsordnung hin. Die isolierte Betrachtung der Verkehrswirtschaft hielt er nicht für zielführend, sondern empfahl höhere Transportintensität aus ökonomi-

Luftfrachtangebot in NRW sei nicht ausreichend. Die NRW-Industrie „exportiere“ Luftfracht jenseits der Landesgrenzen, größtenteils über die Straße. Die Frachtanlagen der NRW-Flughäfen seien nicht angemessen an die Schiene angebunden.

Dr. Jürgen Weith (Deutsche Post AG) berichtete von Steigerungen der Transportaufträge der Frachtpost in den ersten drei Quartalen 1998 um 10,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die aus Wettbewerbsgründen ausschließlich über die Straße erledigt würden. Zusätzliche Transportleistungen müßten erbracht werden aufgrund von geringeren Produktionskosten bei Großkunden im Ausland. Briefpost bis zu 450 Kilometern werde seit Juni 1997 generell auf der Straße transportiert. Auch bei Frachtpost habe sich durch das E+1-Konzept (Einlieferungstag plus Laufzeitanspruch in Tagen) ab April 1998 der Anteil an Straßentransporten erhöht. Transportkosten hätten bei der Standortkalkulation für 33 Fracht- und 83 Briefzentren eine große Rolle gespielt. Im nächsten Jahr würden die Transportkosten europaweit stark ansteigen durch höhere Straßenbenutzungsgebühren, Umwelt- und Steuerpolitik, das Güterkraftverkehrsgesetz und hohe Investitionen. Durch den europäischen Binnenmarkt habe sich der Preiswettbewerb spürbar verschärft. Das Bahn-Angebot sei nicht marktgerecht und zeitgünstig genug. Beim Projekt „Express Shuttle“ habe sich gezeigt, daß die DBAG nur schwer Trassen an Dritte zur Verfügung stelle. Die DB Netz müsse absolut unabhängig sein. Im Nachluftpostnetz sei Köln/Bonn nach München (noch) der umschlagzweitstärkste Flughafen in Deutschland. Güterverkehrszentren (GVZ) reichten als Lösung für kombinierten Ladungsverkehr (KLV) nicht aus. Jedes KLV-Terminal müsse vom Umfeld leben, nicht nur vom eigenen GVZ-Aufkommen. Mega-Hubs würden von der Deutsche Post AG äußerst skeptisch beurteilt. Durch Cargo Sprinter habe sich eine günstigere Methode ergeben, Schienentransporte zu bündeln, als der Umschlag von Waggon auf Waggon. Die KLV-Technik sei mit ihrem hohen Flächenbedarf nicht mehr zeitgerecht. Die Signaltechnik sei völlig überholt und müsse europaweit durch GPS und Computersteuerung ersetzt werden. Im übrigen solle Landespolitik KLV fördern und den Anschub neuer Eisenbahnunternehmen mitfinanzieren.

Dr. Reinhold Gütter (Amt für Stadtentwicklung Köln, Leiter der Güterverkehrsrunde Köln und Projektkoordinator GVZ Köln-Eifel) berichtete vor Erfahrungen im europäischen Wirtschaftsfernverkehr. Transportkosten spielten im Unternehmenskalkül keine große Rolle. Die Marktposition von NRW-Transportunternehmen könne durch starke Repräsentanz an Seehäfen, durch Telematik und Güterverkehrsrunden gestärkt werden. In Köln gebe es nur örtlich Probleme, und zwar durch Parken in der zweiten Reihe durch Liefersdienste, durch Schwerlastverkehre am Kölner Großmarkt und durch hohes LKW-Aufkommen in südlichen und westlichen Stadtteilen. Außerordentlich störend sei die Zuständigkeit von zwei Landesministerien, die einen viel LKW-Verkehr ersetzenden Container-Shuttle-Zug verhindert habe.

Dr. Markus Hesse (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Berlin) trug drei mögliche Strategien für eine zukunftsweisende Stadtlogistik vor: Expansion, planerische Integration und Kommunikation, Kooperation in Güterverkehrsrunden.



Verkehrspolitikern in der Anhörung der Enquetekommission, v.l. Franz Josef Pangels (CDU), Walter Bieber (SPD, stellvertretender Vorsitzender), Gerhard Wächter (CDU), Gerhard Wirth (SPD). Foto: Schälte

Nord- und Ostdeutschland sowie -europa gefahren werden sollten. Der südliche Bypass erscheine nicht so zwingend. Die historische Trasse Antwerpen-Mönchengladbach-Ruhrgebiet („Eiserner Rhein“) sei für den Schienengüterverkehr prädestiniert und könne aus deutscher und belgischer Sicht innerhalb von neun Monaten reaktiviert werden. Die Verzögerung durch Naturschutzbedenken in den Niederlanden werde bedauert. DB Cargo arbeite seit Jahren mit privaten Bahnunternehmen und zahlreichen Werksbahnen zusammen und biete privaten Nachfragern Trassenfenster an. Zusätzliche Kosten durch kombinierte Verkehre seien bisher oft an der Bahn hängengeblieben. Das könne sich DB Cargo nicht mehr leisten.

Dr. Rolf Bender (Häfen- und Güterverkehr Köln AG) hielt die in den USA zwischen

schen und ökologischen Gründen. Im Standortkalkül der Stahlindustrie spielten Transportkosten eine große Rolle. Über 50 Prozent der Transporte ab 130 Millionen Tonnen seien 1997 per Bahn, 30 Prozent per Schiff befördert worden. Stahlunternehmen verfügten über eigene Gleisanschlüsse und unterhielten mit großem Aufwand Werksbahnen samt Wagen- und Lokomotivenparks. Eigene Binnenhäfen seien mit hohen Investitionen gebaut worden. Auch in der Stahllogistik bleibe der LKW unverzichtbar. Eine Verteuerung des LKW führe nicht zu Verlagerungen. Beim Schienenverkehr solle die Kreativität neuer Anbieter erschlossen werden. Die Stahlindustrie unterstütze die Strategie der Bahn „Netz 21“. Die deutsche Binnenschifffahrt sei durch das Alt-für-Neu-System bei notwendigen Investitionen benachteiligt. Das

Der frühere Ministerpräsident Rau sagt als Zeuge vor dem PUA I aus

„Habe nicht in die Entscheidung für den Standort Herten eingegriffen“

Der frühere Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, sind im vergangenen Monat vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I (Forensik) unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD) als Zeugen geladen worden. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die Frage, ob sie in irgendeiner Weise in die vor Ort heftig umstrittene Entscheidung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) für Herten als Standort einer zweiten forensischen Einrichtung zur Entlastung von Eickelborn eingegriffen haben.

Dabei war der Zeuge Rau in doppelter Hinsicht gefragt, als Ministerpräsident, dem die Richtlinienkompetenz für die von ihm geleitete Regierung zusteht und als SPD-Landesvorsitzender. Als SPD-Parteichef hatte ihm der SPD-Unterbezirks-Vorsitzende, Dr. Bernhard Kasperek (MdL) geschrieben, er befürchte bei einer Entscheidung für Herten „dramatische Konsequenzen“ für die Sozialdemokratische Partei in diesem Raum. Eine solche Mitteilung sei, so Rau in seiner Darstellung, weder ungewöhnlich noch zu beanstanden, „aber der Ministerpräsident hat einen Eid geschworen und hat sich nach Recht und Gesetz zu verhalten. Das habe ich getan. Dabei spielen solche Gesichtspunkte keine entscheidende Rolle.“ Er habe es für verständlich angesehen, daß Kasperek eine solche Sorge geäußert habe; aber er, Rau, habe nicht zu bewerten, ob eine solche Sorge berechtigt sei oder nicht — „ich war doch Regierungschef“.

Im Kabinett sei seiner Erinnerung nach 20-mal „nicht über Herten, sondern über Forensik, über Eickelborn, über Entlastung für Eickelborn gesprochen worden“. Das Thema Forensik, vor allem Forensik in Westfalen, sei ständig präsent Thema gewesen. Dabei habe er immer Wert darauf gelegt, in die Standortentscheidung nicht einbezogen zu werden. Er habe, weder positiv noch negativ, Einfluß auf die Standortentscheidung Herten genommen. Der Zeuge: „Mir war bei meiner Befassung mit diesem Thema immer klar, daß die Entscheidung vom Landschaftsverband getroffen werden muß und daß ich dessen Verantwortung zu respektieren habe.“

Drei Gesichtspunkte seien für ihn immer bestimmend gewesen. Zum einen sei es aus Gründen der Sicherheit und um einer effektiven Therapie willen unbedingt erforderlich, die Klinik in Eickelborn zu entlasten. Zweitens sei die Suche nach neuen Standorten für Dezentralisierung Angelegenheit des Landschaftsverbands, „auf die weder das Fachministerium noch der Ministerpräsident Einfluß nehmen kann und darf“. Zum letzten habe es geheißenen, daß die Landesregierung jeden erfolgversprechenden Weg unterstütze. Jede praktische Verbesserung des Maßregelvollzugs dürfe und werde nicht an der Bereitstellung finanzieller Mittel scheitern, das sei für ihn immer klar gewesen.

Weniger klar, vielmehr unbekannt seien ihm die Kriterien gewesen (und er habe sie auch nicht wissen wollen), die der Landschaftsverband bei der Standortsuche und bei seiner Entscheidung für Herten zugrunde gelegt habe. Es habe in allen Gesprächen eine große Rolle gespielt, daß der LWL nach Kriterien arbeite und entscheide; die aber seien den Betroffenen offenbar nicht zugäng-

lich gewesen. So hatte sich die kommunale Seite in dem Verfahren darüber beklagt, sie sei in keiner Weise einbezogen worden und sei darum entschlossen, den Klageweg zu beschreiten. Bei einem Gespräch in der Staatskanzlei sei darum der Gedanke entstanden, einen Gutachter zu beauftragen, der die verfahrensrechtlichen und formaljuristischen Probleme untersuchen sollte. Er, Rau, habe einen erfahrenen Juristen, den ehemaligen Justizstaatssekretär Dr. Röwer als Gutachter vorgeschlagen. Für ihn habe es keine Vorgaben gegeben, die hätte der Gutachter auch nicht akzeptiert, setzte der Zeuge hinzu.

Die Frage aus der CDU, ob er nicht angesichts der langen Dauer bei der Suche nach einem Entlastungsstandort nicht deutlicher hätte von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen müssen, wies der frühere Ministerpräsident von sich: „Es gibt keine Richtlinienkompetenz, die einzelne Ressortangelegenheiten betrifft.“ Rau weiter: „Ich habe alles getan, um dem Maßregelvollzug den Rang zu geben, der ihm gebührt, um ihm Akzeptanz zu bringen. Ich habe dazu viele, viele Gespräche geführt. Aber ich habe mich nicht gesetzwidrig verhalten, und ich habe nicht in die Rechte anderer eingegriffen. Dazu gibt auch die Richtlinienkompetenz nichts her; denn sie ist gebunden an Recht und Gesetz.“ Im übrigen, so schloß er seine Zeugenaussage, stehe in NRW der Maßregelvollzug nicht schlechter da als in irgendeinem anderen Land der Bundesrepublik.

Der zweite Zeuge an diesem Sitzungstag des PUA I war Staatssekretär Rüdiger Frohn, Chef der Staatskanzlei. Sein Befragungsthema, wie es der Ausschußvorsitzende Edgar Moron (SPD) formulierte: Welche Rolle hat die Staatskanzlei im Gesamtkomplex des Maßregelvollzugs gespielt? Frohn stellte dazu klar, daß die Staatskanzlei für Fragen des Maßregelvollzugs „natürlich“ nicht zuständig sei. Fachaufsicht über den Maßregelvollzug seien weder Landesregierung noch Kabinett, sondern ausschließlich der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Wenn in der Sache verschiedentlich der Wunsch geherrscht habe, den Landschaftsverbänden müßte einmal einer „Bescheid sagen“, dann könne dem nicht Folge geleistet werden. Denn ergäbe sich bei einer gerichtlichen Überprüfung, daß die fachaufsichtliche Weisung von einem Unzuständigen ergangen sei, „dann werden die Akten zugemacht, dann hilft die ganze gute Absicht nicht“, stellte Frohn fest. Er legte auch klar: „Standortfragen müssen politisch durchgestanden werden. Der nächste Satz gehört jedoch zwingend dazu: Sie müssen aber auch juristisch durchstehbar sein. Meine Funktion,

beziehungsweise die Funktion der Staatskanzlei bestand im wesentlichen darin, auch den ressortübergreifenden Sachverstand zu organisieren, um die Frage zu beantworten, ist das juristisch durchstehbar?“

Er persönlich habe die Entscheidung über den Standort nicht wissen wollen — das hätte er auch dem Ministerpräsidenten geraten, wenn bei dem der Wunsch bestanden hätte, vorab in dieser so komplizierten Aktion informiert zu werden. Der Zeuge wörtlich: „Ich habe das mit Herten nicht gewußt, bevor es öffentlich wurde, trotz aller Gerüchte, die es an anderen Stellen gab.“ Bei Schreiben von Bürgern sei es die Antwortlinie gewesen: „Erstens: Entlastung muß sein. Zweitens: Man muß den Landschaftsverband dabei unterstützen. Drittens: Es ist aber nicht eine Entscheidung der Landesregierung.“

Auch er lehnte ab, es habe eventuell Vorgaben an den Gutachter gegeben; das hätte man angesichts der Person des Gutachters besser nicht versuchen sollen. Der habe zu prüfen sollen, ob der Abwägungsvorgang beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe den Kriterien der Erforderlichkeit entsprochen habe. Diese Frage sei nämlich vor dem Verwaltungsgericht von Bedeutung für den Ausgang des Verfahrens. Auch der Staatssekretär wußte nichts von einer Richtlinienentscheidung des Ministerpräsidenten oder von einer wie immer gearteten Weisung der Staatskanzlei, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Der Zeuge: „Mein Verständnis von der Arbeit einer Staatskanzlei



Im Zeugenstand: Staatssekretär Rüdiger Frohn, Chef der Staatskanzlei, bei seiner Vernehmung durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I (Forensik). Der Ausschuß war nach einer Reihe von spektakulären Entweichungen eingerichtet worden, um Situation und Verantwortung für den Maßregelvollzug im Lande zu klären. Foto: Schälte

ist nicht, daß wir die Oberzensoren vom Ressort sind.“ Vielmehr gehe es darum, eine Sache voranzubringen. Und da ließen ihn selbst heftige Protestbriefe aus lokaler Betroffenheit „ziemlich kalt“; wenn man sich davon beeindruckten lasse, dann sei man falsch am Platz.

Hearing zum Thema „Kindesmißbrauch“ unter Federführung des Hauptausschusses

Identifikation der Teilnehmer im Netz muß garantiert sein

Das Medium Internet sei aufgrund seines technischen Aufbaus und der Vielzahl von Angeboten nicht kontrollierbar. Diese Tatsache sei seines Erachtens kein Grund zur Resignation. Denn wer sich in Datennetzen bewege, hinterlasse immer elektronische Spuren, die von den Ermittlungsbehörden ausgewertet und verfolgt werden könnten. Mit diesen Feststellungen führte Horst Traffehn vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen als erster Experte in die Thematik eines Hearings dreier Landtagsausschüsse ein, das auf eine neue Form der Kriminalität einging, die sich mit herkömmlichen Mitteln nur schwer bekämpfen läßt. „Kindesmißbrauch und Kinderpornographie müssen als Verbrechen geächtet, effektiver verfolgt und wirksam bestraft werden“ stand als Überschrift über der Anhörung auf Antrag der CDU. Dabei war allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern klar, daß die heutige moderne Kommunikationstechnologie der Verbreitung der Kinderpornographie ganz neue Möglichkeiten eröffnet.

Der Hauptausschuß als federführender Ausschuß, der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie sowie der Ausschuß für Frauenpolitik unter dem wechselnden Vorsitz von Professor Dr. Manfred Dammeyer, Annegret Krauskopf (beide SPD) und Jens Petring (GRÜNE) zeichneten für den Ablauf des Hearings verantwortlich. In einem nichtöffentlichen Teil wurde den Abgeordneten kinderpornographisches Bildmaterial vorgeführt und in einer Stellungnahme von Petra Müller vom Jugendschutz.net erläutert, das minutenlang ein Schweigen aus Abscheu und Schrecken nach sich zog. Zwölf Fachleute kamen insgesamt zu Wort.

Horst Traffehn wies eingangs darauf hin, die Ermittlungen des Landeskriminalamtes erfolgten anlaßabhängig nach Eingang entsprechender Hinweise aus der Bevölkerung. Anlaßunabhängige Recherchen im Internet würden aufgrund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz bundeszentral durch das Bundeskriminalamt wahrgenommen. Trotz der immer wieder öffentlich geäußerten Kritik, daß mehr Polizeidienststellen im Internet surfen sollten, halte er die Beauftragung einer Behörde vor dem Hintergrund



Leiteten das Hearing: v. r. der Vorsitzende des Hauptausschusses, Professor Dr. Manfred Dammeyer, und die Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (beide SPD). Fotos: Schälte

der Vermeidung von Doppel- und Parallelermittlungen sowie nach seiner Einschätzung einer faktischen Unkontrollierbarkeit des Netzes für sinnvoll und ausreichend. Traffehn machte deutlich, das Kommunikationsmedium Internet habe die Verbreitung und Besitzverschaffung kinderpornographischer Materials vereinfacht und damit zu einer deutlichen Zunahme an einschlägigen Delikten geführt. Er berichtete, daß auf Grund von Hinweisen beim LKA 1996 zwölf Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien. 1997 seien es bereits 300 und im vergangenen Jahr 258 Verfahren bundes- bzw. weltweit gewesen.

„Gehen Sie von der Tatsache aus, daß Grundlage für jedes kinderpornographische Bild grundsätzlich ein aktiver sexueller Mißbrauch an einem Kind ist. Das muß zuerst einmal passieren, bevor man es fotografiert oder videographiert“, stellte Kriminaloberkommissar Rainer Laschet vom Polizeipräsidium Köln klar. Pädokri- me seien fast immer Neigungstäter, das heiße, sie seien Wiederholungstäter, und hier wiederhole sich eigentlich auch der bekannte Satz, daß Sexualstraftäter immer Wiederholungstäter seien. Die Kontaktaufnahme dieser Pädokri-

men untereinander erfolge in aller Regel in abgeschotteten Netzwerken oder auch in sogenannten Selbsthilfegruppen, die sich teilweise im Internet als Selbsthilfegruppe für Pädophile und Päderasten anpriesen. Seine Erfahrung sei, daß diese Selbsthilfegruppen überwiegend auch dem Zweck dienten, daß man sich Material wie auch immer beschaffe.

Oberstaatsanwalt Wolfgang Seither von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf unterstrich, die Hauptaufgabe der Strafverfolgungsbehörden in dem hier zu behandelnden Bereich sehe er darin, diejenigen Täter festzustellen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen, die sich sexuell an den wehrlosen Opfern, den Kindern unter 14 Jahren, vergingen, solche Tathandlungen in Wort, Ton und Bild selbst oder unter Beteiligung weiterer Personen festhielten und anschließend, meist aus Gewinnsucht, selbst verbreiteten. Hier sei es erforderlich, mit konzentrierter Kraft vorzugehen. Meist seien es jedoch weniger die rechtlichen Probleme, die zu bewältigen seien, als die tatsächlichen.

„Sind Gesetzesänderungen erforderlich, um gerade die Bekämpfung der Kinderpornographie besser in den Griff zu bekommen?“ fragte Oberstaatsanwalt Arno Greetfeld von der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München. Man habe erst zum 1. April eine Reform gehabt, jetzt schon wieder? Die Frage sei also berechtigt, aber er glaube, bestimmte Änderungen in überschaubarem Rahmen seien unvermeidlich. „Es gibt Lücken, die unsere Vorgehensweise behindern.“ Bei Gesetzesänderungen sei es nach seiner Auffassung im materiellrechtlichen Bereich erforderlich, daß der Grundfall des sexuellen Mißbrauchs eines Kindes wieder Verbrechenstatbestand werde. Damit solle die hohe Verwerflichkeit dieses Deliktes deutlich gemacht werden.

Dr. Elke Bartels, Leiterin der Aufsichtsbehörde über Mediendienste beim Regierungspräsidium Düsseldorf, berichtete, der mengenmäßige Umfang von Kinderpornographie sei im Verhältnis zu den vielfältigen Angeboten, denen man im Internet nachgehe, Gott sei Dank noch verschwindend gering. Nach allgemeiner Auffassung der



Blick auf die Bank der Experten bei der Anhörung. Ganz rechts GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel.

Behörden und der Provider seien rund fünf Prozent der Angebote im Internet unzulässige Angebote. Auffällig bei der Betrachtung regionaler Schwerpunkte sei die abnehmende Tendenz kinderpornographischer Angebote im deutschen World Wide Web. Die Anbieter wichen verstärkt auf ausländische Server aus.

Elke Monssen-Engberding von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften verwies darauf, die Bundesprüfstelle prüfe Medieninhalte stets nur anlaßbezogen. Sie werde auf Antrag tätig. Antragsberechtigt seien die obersten Jugendbehörden der Länder, die Landesjugendämter, die Jugendämter und das Bundesfamilienministerium. Dies seien zur Zeit rund 800 antragsberechtigte Stellen. Diese Stellen würden häufig auf Anregung von Bürgern tätig, die zufällig im Internet etwas entdeckten. Da sie sich in manchen Fällen unsicher seien, ob dieses oder jenes als Pornographie einzustufen sei, würden die Angebote an die Bundesprüfstelle weitergegeben. Stelle die Bundesprüfstelle fest, daß es sich um Pornographie handele, werde es an die zuständige Strafverfolgungsbehörde weitergereicht.

Petra Müller vom Jugendschutz.net erläuterte ihre kurze Bildpräsentation dahingehend, es sei ihr darum gegangen, die Unterschiede zwischen einfacher Pornographie, Kinderpornographie und gewissen Graubereichen aufzuzeigen. Ziel des Jugendmedienschutzes sei es, Kinder vor schädigenden Medieninhalten zu schützen. Das seien Inhalte, die im Prinzip für Erwachsene erlaubt seien. Da sei es eigentlich der richtige Weg, dafür zu sorgen, daß diese Inhalte möglichst schnell und effektiv aus dem Netz herauskämen. „Dafür sorgen wir ohne hoheitliche Befugnis, in einem ganz schnellen und effektiven Verfahren.“ Frau Müller schloß: „Sie können davon ausgehen, daß in der Regel diese Inhalte, wenn wir etwas gefunden haben, innerhalb von einer Woche, maximal zwei Wochen aus dem Netz sind.“ Was habe er als Ansatz oder Lösungsmöglichkeit zu bieten? Jörg Rade stellte diese Frage für die Provider-Seite. Er erwähnte, Pädokrimine müßten sich bei der Kontaktsuche offenbaren. Das heiße, sie träten zwangsläufig in Kontakt mit Leuten, die dieses Verhalten nicht tolerierten. Da müsse man ansetzen. Die Bereitschaft derjenigen Leute, die mehr oder minder durch Zufall Kenntnis davon erhielten, daß jemand in dieser Richtung Material suche, Anzeige zu er-



Hatten das Thema beantragt: v. r. Ruth Hieronymi und Werner Jostmeier (beide CDU).

Fotos: Schälte

statten, sollte gefördert werden. Rade machte aber auch auf die Besorgnisse aufmerksam, die im Netz existierten. Da bestehe die Befürchtung, daß sich ein Überwachungsstaat auf der elektronischen Ebene etabliere. Ursula Enders von Zartbitter Köln e.V. machte vor allem der Jugendhilfe den Vorwurf, sie habe bis heute keine Konzepte der Arbeit mit den Opfern entwickelt. Die Opfer würden vergessen. Das habe fatale Folgen. Jugendhilfe habe sich mit dem Problem kaum auseinandergesetzt. Es gebe kaum therapeutische Konzepte. Jugendhilfe habe nicht gelernt, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren, und Jugendhilfe verstehe die betroffenen Mädchen und Jungen kaum. Sie hätten kaum Kenntnisse über die Technik, über die Art der Herstellung von Pornographie, und deswegen gebe es auch so gut wie keine Angebote für die Opfer. Das sei ein ganz großer Mangel.

Die Problematik, Jugendliche vor Mißbrauch zu schützen, beruhe auf der Prämisse, daß die Produzenten solcher widerlichen Angebote nicht durch den Vertrieb im Internet zu kriminellen Darstellungen und Handlungen veranlaßt würden, führte Professor Dr. Bernd Holzengel vom Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht der Universität Münster aus. Die Sache gehe in der Tat weiter als der bloße Mißbrauch von Kindern, er gehe bis zur Ermordung. Wenn man an den Dutroux-Fall in Belgien denke, sei das fast das Widerlichste, was man sich

vorstellen könne. Der Wissenschaftler stellte die praktischen Probleme der Überwachung scharf heraus und fügte an: „Ich möchte so formulieren, daß der Staat hier und vielleicht das erste Mal so massiv eine ganz radikale Ohnmachterfahrung hinnehmen muß, nämlich dahingehend, daß strafrechtliche und verwaltungsrechtliche Verbote in weitem Umfang leerlaufen.“ Man habe die Situation, daß die Standards international nicht einheitlich seien. Die Plazierung auf einem Server könne durch eine sehr schnelle Plazierung auf einem anderen Server umspült werden.

Zuversichtlich äußerte sich Walter Wilken vom Deutschen Kinderschutzbund: „Man kann jeder Person habhaft werden, die im Internet etwas einspeist.“ Sein Kollege Marc Decius ergänzte: „Was deutlich werden sollte, ist, daß das Internet entgegen landläufiger Ansicht kein anonymes Medium ist. Jeder Teilnehmer hinterläßt Spuren im Internet, so daß auch die Verreiber von Kinderpornographie zurückverfolgbar sind.“ Allerdings setze die Möglichkeit zu einer Teilnehmerückverfolgung den Zugriff auf gespeicherte Zugangsdaten beim Dienste- und Zugangsanbieter, also dem Provider, voraus. Dieser müsse darüber hinaus die Identität seiner Kunden kennen. Das Problem, das man hier häufig habe, sei das der „Fake Accounts“, daß also einem Kunden kurzfristig der Zugang zum Internet vermietet werde, ohne daß wirklich eine Information über die Person vorhanden sei. Walter Wilken beschrieb den Handlungsbedarf. Die Log-Files, die die Zurückverfolgbarkeit garantierten, würden bei den Providern nur zu Abrechnungszwecken relativ kurz gespeichert. Um die polizeiliche Ermittlungstätigkeit wirkungsvoll zu gestalten, müßten diese bei den Providern mindestens drei oder vier Monate gespeichert werden. Das würde eine Änderung des Multimediagesetzes bedingen. Das zweite sei, daß die Online-Dienste die berühmten AOL-Freistunden nicht mehr geben dürften. Die Identifikation eines jeden Teilnehmers müsse im Netz garantiert sein. Das dritte sei, daß die Ermittlungsbehörden in Deutschland wirklich so ausgebildet und ausgestattet werden müßten, daß sie Anzeigen von Internet-Nutzern in gebotener Weise bearbeiten könnten. Wilken schloß: „Weil wir nicht so naiv sind und sagen, es ist eine hundertprozentige Kontrolle dieses Netzes möglich, scheint es uns eine wichtige Sache zu sein, daß die User selber für ihr Netz Verantwortung übernehmen.“



Informationen für die Politik: v. l. Reinhard Grätz, Parlamentarischer Geschäftsführer Edgar Moron und Manfred Degen (alle SPD).

Minister Steinbrück im Verkehrsausschuß „Ehrlichkeit – Ehrgeiz – Effizienz“

In der von Vorsitzendem Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 4. Februar trug Minister Peer Steinbrück (SPD) Schwerpunkte der NRW-Verkehrspolitik vor, die er unter das Motto „Ehrlichkeit, Ehrgeiz, Effizienz“ stellte. Zuvor berichtete Staatssekretär Joachim Westermann (SPD) zum Sachstand bei der Flugsicherung am Flughafen Dortmund.

Ungleichbehandlung von Fluglotsen der Deutschen Flugsicherung (DFS) und landesbediensteten Fluglotsen hätten zu Beschwerden geführt, die sich auf ungünstigere Bezahlung der Landesfluglotsen bei gleicher Tätigkeit bezögen. Eine Lösung könne es nur bundesweit durch die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder geben. In NRW gehe es noch um 19 Fluglotsen auf zwei Flugplätzen, deren Stellen im Laufe von mehreren Jahren abgebaut würden. Kostendeckende Gebühren zu erheben, antwortete er auf Fragen von Peter Eichenseher (GRÜNE), würde sich belastend auf die kleinen Flughäfen auswirken. Gerhard Wächter (CDU) und Gerhard Wirth (SPD) sprachen sich dafür aus, die Ertragslage der beiden Flughäfen nicht durch Flugsicherungskosten zu gefährden.

Minister Steinbrück sah nach zwei Amtswechseln in NRW keinen Grund zu scharfen Kurskorrekturen in der Verkehrspolitik, jedoch bessere Chancen für die Interessen des Landes nach dem Regierungswechsel in Bonn und betonte die faire Partnerschaft mit dem früheren Bundesverkehrsminister Wissmann. Beim Stichwort Effizienz sagte Steinbrück, wenn öffentliche Verkehrsleistungen preiswerter mit dem Bus als mit der Bahn angeboten werden könnten, dürfe nicht der teurere Verkehrsträger gewählt werden. Schienenstrecken könnten nicht mit Dauerkosten im Landeshaushalt gesichert werden. Schienenfahrzeuge preiswerter zu bauen, solle vorangetrieben werden.

Bei den Bundesfernstraßen sprach sich Steinbrück für den 6- bis 8streifigen Ausbau der höchstbelasteten Autobahnen in NRW (Rhein-Ruhr, Kölner Ring, A 2), für Lückenschlüsse (Rheinquerung A 44, A 33 bei Bielefeld, A 46 bei Arnberg, A 1 bis zur Landesgrenze Rheinland-Pfalz und A 30 Ortsumgehung Oeynhausen) aus. Für Landesstraßen müsse mehr Geld im Haushalt eingestellt werden: 140 Millionen Mark für Erhaltung, 70 für kleine Maßnahmen und 150 für Neu- und Ausbau. Der Minister stimmte Straßengebühren für Schwerlastverkehr ausdrücklich zu. Zur Staubekämpfung solle mittelfristig die Telematik an den Autobahnen mit Systemen des ÖPNV und der Städte verknüpft werden. Ein Verkehrsdatenverbund werde aufgebaut.

Flugzeuge seien längst ein Massenverkehrsmittel, fuhr der Minister fort und warnte vor schweren Einbußen durch öffentliche Querelen. Er werde die NRW-Luftverkehrskonzeption bis Anfang 2000 fortschreiben und Konsequenzen aus Zuwächsen bis 2010 ziehen. Die Bahnverkehrsleistungen hätten sich positiv entwickelt, sollten aber weiter gesteigert werden. Die Bahn-Regionalisierung sei richtig, bedeute aber nicht Kleinstaaterei. Es gebe jetzt noch zehn Nahverkehrstarife gegenüber früher 100. Für Verbundtarife solle eine Clearingstelle eingerichtet werden. Von der DB AG gestrichene Fernverkehrsangebote sollten durch Regionalverkehr ersetzt werden.

(wird fortgesetzt)

Ministerialbeamte und Banker als Zeugen

Bei der Zeugenvernehmung am 18. Februar sagte der Bonner Ministerialrat Dr. Friedemann Tetsch (Bundeswirtschaftsministerium), in Bonn werde zur Zeit geprüft, ob Subventionen zurückgefordert würden. Auch im Hinblick auf den Bundesrechnungshof sei möglicher Subventionsbetrug zu untersuchen. (Es ging um Scheinrechnungen einer belgischen Großfirma Ende 1995 für nicht

gelieferte Leistungen im Wert von 24,3 Millionen Mark, um als Haushaltsreste fraglich gewordene Förderanteile vom Bund zu erhalten.)

Die Vernehmung von Ministerialrat Helmut Petering (NRW-Wirtschaftsministerium) wurde am 25. Februar fortgesetzt. Petering sagte aus, erstmals Ende August 1998 Kenntnis vom Mitteleinsatz in Teilbereichen der Neuen Mitte Oberhausen (NMO) erhalten zu haben. Am 16. September habe er den Staatssekretär über eine mögliche Rückforderung von Fördermitteln informiert. Eine ihm von Vorsitzendem Meyer vorgehaltene Kostenübersicht als Anlage eines Schreibens der Investitionsbank NW vom März 1998, aus der die förderzweckfremde Mittelverwendung erkennbar gewesen sei, habe er nicht zur Kenntnis genommen.

Der Sprecher der Geschäftsführung der WestLB-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Joachim Voss sagte als Zeuge, der von der Sparkasse Oberhausen beantragte 30-Millionen-Mark-Kredit sei ausreichend abgesichert gewesen. Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens HDO habe die WestKB nicht als ihre Aufgabe angesehen und das auch dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt.

Haushaltsausschuß „Heinz im Glück“

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 4. Februar ging es u. a. um einen Gesetzentwurf der Landesregierung mit Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften (Drs.12/3186), den Haushaltsabschluß 1998, Beteiligungskapitalfonds und Wagniskapitalagentur NRW und um Auswirkungen des „Familien-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts auf NRW.

„Heinz im Glück“ nannte Helmut Diegel (CDU) Finanzminister Heinz Schluöber bei der Beratung über den Haushaltsabschluß des Jahres 1998: Der Minister konnte sich zum Jahresende über die unerwartet gute Gewinn-Entwicklung eines nordrhein-westfälischen Großunternehmens und ein Plus von 460 Millionen Mark bei den Steuereinnahmen freuen. Die erwirtschafteten Ausgabereste waren für Helmut Diegel keine Überraschung, weil er einige Ansätze von vornherein für zu hoch gehalten habe. Über die Reste bei den Investitionsausgaben zeigte sich Franz Riscop (CDU) besorgt, da diese unmittelbar die Bauwirtschaft des Landes stärken sollen. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) fragte nach der Summe der Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben.

Bei der Beratung des 9. Dienstrechtsänderungsgesetzes vermißte die Opposition Änderungsansätze der Koalitionsfraktionen, obwohl das federführende Innenministerium im Unterausschuß „Personal“ Änderungsbedarf etwa bei Altersteilzeit eingeräumt habe. Helmut Diegel (CDU) plädierte dafür, über den im Grunde befürworteten Entwurf noch nicht abzustimmen, weil die finanziellen Auswirkungen noch nicht abgesehen werden könnten. Ernst-Martin Walsken (SPD) wollte jedoch den Regierungsentwurf verabschieden, um den geplanten Termin für das Inkrafttreten nicht zu gefährden. Der federführende Innenausschuß könne in den abschließenden Beratungen noch über Änderungsanträge befinden. Brigitte Herrmann (GRÜNE) erinnerte die Opposition an die Haushaltsberatungen 1999 mit Diskussionen über die Anwendung der Altersteilzeit auf Beamtinnen und Beamte. Finanzminister Schluöber (SPD) sagte zu den finanziellen Auswirkungen, mögliche Altersteilzeit sei auf kw-belastete Stellen zu beschränken geplant, so daß er Kosteneinsparungen erwarte. Der Haushalts- und Finanzausschuß lehnte den mündlichen Vertagungsantrag der CDU ab und nahm das 9. Dienstrechtsänderungsgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion unverändert an. Silvia Winands

Clement als Zeuge

Ministerpräsident Wolfgang Clement wird am 3. März „ganztagig“ als Zeuge vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II vernommen, der die Förderung des Trickfilmzentrums Oberhausen (HDO) mit Landesmitteln untersucht.



Als Zeugen sagten aus (v. l.) Ministerialrat Dr. Friedemann Tetsch (Bundeswirtschaftsministerium) und Ministerialrat Helmut Petering (NRW-Wirtschaftsministerium). Fotos: Schälte

Wohnungspolitik:

Wendemarke zum behutsamen Umsteuern erreicht

Mit aktuellen Problemen der Wohnungspolitik hat sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Brunhild Decking-Schwill (CDU) am 24. Februar befaßt. Ausgehend von den Förderergebnissen 1998 und den neuen Fragen des sozialen Wohnungsbaus angesichts zurückgehender Investitionsbereitschaft und zunehmender Leerstände forderten sowohl Sprecher von CDU und SPD ein abgestimmtes Konzept der Landesregierung zur Lösung der offenkundigen Probleme ein.

Mit Vorlage 12/2559 lag den Mitgliedern des Ausschusses der Abschlußbericht des Arbeitskreises „Wohnungswirtschaftliche und soziale Situation in hochverdichteten Sozialwohnungsbeständen in NRW“ vor. CDU-Sprecher Siegfried Zellnig bewertete diesen Bericht als Auflistung interessanter Tatbestände und Erkenntnisse. Allerdings fehle es an Aussagen, welches Handeln die Landesregierung bei derart „chaotischen Verhältnissen“ für angezeigt halte. Zellnig: „In der Wohnungspolitik ist es fünf Minuten vor zwölf.“ Schnelles Handeln sei überfällig. Die Landesregierung solle umgehend Aussagen dazu treffen, was sie zu tun gedenke, um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen und welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen wolle. Hierzu seien vor allem Aussagen auch darüber erforderlich, welche finanziellen Mittel bereitgestellt werden sollten. Jeder Tag, der ins Land gehe, belaste die Menschen — sei es durch die zu hohe Fehlbelegungsabgabe, sei es durch die weiterhin nicht vollzogene Anpassung des Wohngeldes.

Hedwig Tärner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) machte darauf aufmerksam, daß die Situation ihren Ursprung vor 30 Jahren mit der Errichtung von Großsiedlungen und dem Fördersystem genommen habe. Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe zeige zum Beispiel durch integrierte Bewirtschaftungsformen Lösungsansätze auf. Verantwortlich seien für die derzeitige Situation Investoren, Kommunen und zum Teil auch das Land. Außer Wohnungsbaumitteln gelte es auch, das Umfeld durch Städtebauförderungsmaßnahmen zu verbessern und durch energetische Maßnahmen die Modernisierung voranzubringen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Gerd-Peter Wolf, bedankte sich für die Erarbeitung des Berichts und die Umsetzung der Erkenntnisse, die angepackt worden seien. Allerdings fehle ihm dort, wo der Bericht ende, das Handeln auf politischer Ebene. Insbesondere vermisse er eine abgestimmte Position der Landesregierung angesichts der Tatsache, daß der soziale Wohnungsbau aus den Fugen geraten sei und die Koordinaten nicht mehr stimmten. Wolf wies darauf hin, daß immer mehr Wohnungen leerstünden und die Zahl der Mietrückstände zunehme. Was die Probleme in Großsiedlungen angehe, habe die Landesregierung mit dem Erlaß zu wohnungs-

Reinhard Rauball neuer Justizminister

Der Dortmunder Rechtsanwalt Dr. Reinhard Rauball (Bild) ist neuer Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) zog damit die Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts, das die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium beanstandet hatte. Auf eine von ihr selbst beantragte Sondersitzung des Landtags, die am 19. Februar stattfinden sollte, verzichtete die CDU-Opposition nach der Berufung des Verfassungsjuristen aus Dortmund. Nachdem der Ministerpräsident die unabhängige Selbständigkeit der Geschäftsbereiche des Innen- und Justizministeriums als Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes Münster akzeptiert und einen neuen Justizminister, Dr. Reinhard Rauball, zum 1. März ernannt habe, sei das politische Ziel der 88 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion erreicht, hieß es in einer Mitteilung. Der 52jährige Rauball, der seit 1969 der SPD angehört, gilt als einer der profiliertesten Juristen im Bereich des Sportrechts. Zu Beginn und Mitte der 80er Jahre war der gebürtige Niedersachse zweimal Präsident des Fuß-



ballbundesligisten Borussia Dortmund. Er ist seit 1975 Anwalt und Notar in einer Dortmunder Sozietät, verheiratet und Vater zweier Töchter. Foto: dpa

nungsbindungs- und fehlbelegungsrechtlichen Lösungsansätzen bei Vermietungsschwierigkeiten und Problemen einer instabilen Mieterstruktur eine hervorragende Hilfestellung an die Hand gegeben. Allerdings dürfe man nicht übersehen, daß wohnungssuchende Erwerbstätige angesichts der bestehenden Einkommensgrenzen nicht mehr in dem Maße Sozialwohnungen beziehen könnten, wie dies wünschenswert sei. Immerhin würden inzwischen drei Viertel der neuen Sozialwohnungen von Beziehern von Transfer-einkommen belegt. Auch die Ärmsten der Armen hätten zunehmend Schwierigkeiten, eine zumutbare Wohnung zu finden, da die Städte und Gemeinden nicht mehr bereit seien, die derzeit verlangten Mieten zu finanzieren.

„Menetekel an der Wand“

Als „Menetekel an der Wand“ wertete es der wohnungspolitische Sprecher der SPD, daß inzwischen in 46 Städten die Mietpreise von Sozialwohnungen um eine Mark über den Mieten freifinanzierter Wohnungen lägen. In der derzeitigen Situation von Fehlbelegungsabgabe und Wohngeld liege großer sozialer Sprengstoff. Alles in allem habe dies dazu geführt, daß die SPD-Landtagsfraktion der Regierung den Handlungsauftrag erteilt habe, hier Abhilfe zu schaffen und weg von Einzelaktivitäten hin zu einem verbundenen Konzept bei sozialverträglicher Gegenfinanzierung zu kommen. Der Ministerpräsident habe zugesagt, nach der Osterpause einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Staatssekretär Manfred Morgenstern vom Ministerium für Bauen und Wohnen wertete die Debatte als hochinteressant; sein Haus werde sie aufmerksam verfolgen und auswerten. Der CDU-Sprecher habe aller-

dings ein Horrorgemälde an die Wand gemalt, das offensichtlich auch deshalb möglich sei, weil in Bonn die Verantwortung gewechselt habe. Denn für die verfehlte Politik in den letzten 15 Jahren, was Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Steuern angehe, trage allein die alte Bundesregierung die Verantwortung. Mit dem Bericht der Arbeitsgruppe habe das Ministerium für Bauen und Wohnen die Probleme zeitgerecht aufgegriffen und etwas Einmaliges in der Bundesrepublik vorgelegt. An der Erstellung seien alle wohnungspolitisch in der Verantwortung Stehenden beteiligt worden.

Staatssekretär Morgenstern verwahrte sich dagegen, daß in Bausch und Bogen die bisherige Wohnungsbaupolitik inzwischen schlechtgeredet werde. Er erinnerte daran, daß von 1995 an der Wohnraumbedarf von etwa 475 000 auf aktuell 230 000 gesunken sei und sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Wohnungssuchenden von 280 000 auf 130 000 verringert habe. Auch habe man jährlich die Zahl der Obdachlosen um mehr als zehn Prozent verringern können. Morgenstern warnte davor, die wohnungspolitische Debatte auf die Frage der Fehlbelegungsabgabe zu verkürzen. Es gebe keinen Bedarf, bei der Fehlbelegungsabgabe etwas zu ändern. Dies sei wohnungspolitisch nicht notwendig, sondern geradezu falsch. Priorität habe eine Erhöhung des Wohngeldes. Man stehe der weiteren Diskussion allerdings aufgeschlossen gegenüber.

Der Ausschuß befaßte sich weiter mit dem vorliegenden CDU-Gesetzentwurf zur Absenkung der Fehlbelegungsabgabe (Drs. 12/3469) und beschloß auf Antrag der SPD-Fraktion, zu dieser Frage eine öffentliche Anhörung am 22. April durchzuführen. Außerdem standen noch die Abwicklung des Wohnungsbauprogramms 1998 und die Frage der Anhebung des Wohngeldes auf der Tagesordnung dieser Sitzung.

Harald Holler

Koalition lehnt zentrale Prüfung beim Abitur ab

Die Landesregierung hat ihre Absicht bekundet, die Ersatzschulfinanzierung auf eine neue Basis zu stellen. Das sei ein langfristiger Prozeß, erklärte Schulministerin Gabriele Behler (SPD) vor dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung (Vorsitzender Heinrich Meyers, CDU) am 24. Februar. Erste Gespräche mit den Verbänden der Schulen in privater Trägerschaft seien schon geführt worden. Es werde ein Konsens angestrebt.

Die Ministerin wies auf die im Ländervergleich hohen Leistungen des Landes bei der Ersatzschulfinanzierung hin: 1997 seien das 1,5 Milliarden Mark gewesen; der Zuschuß Baden-Württembergs belaufe sich auf 42 Prozent dieser nordrhein-westfälischen Leistung. Sie warnte vor einem Vergleich der staatlichen Aufwendungen pro Schüler einer öffentlichen und einer privaten Schule ebenso wie vor der Feststellung, private Schulen seien „billiger“ als öffentliche Schulen.

Das derzeitige Finanzierungssystem bestehe im „Defizitdeckungsverfahren“; das biete zu wenig Anreiz zu einem sparsamen Umgang mit den Ressourcen, erklärte sie und stellte in Aussicht, daß die Finanzierung in eine pauschale Bezuschussung der Personal- und Sachkosten umgewandelt werden solle. Maßstab sei dabei, wie schon jetzt, die finanzielle Situation der öffentlichen Schulen.

Neben diesem, von der CDU auf die Tagesordnung gesetzten Punkt erörterte der Ausschuß auf Betreiben der GRÜNEN einen weiteren Umstrukturierungsprozeß,

den in der staatlichen Lehrerfortbildung. Hier geht die Entwicklung, wie die Schulministerin mitteilte, in zwei Richtungen: Einmal von der Angebots- zu einer stärkeren Nachfrageorientierung, zum anderen weg von der zentralen Organisation ins Regionale und zur eigenverantwortlichen Durchführung von Lehrerfortbildung an den einzelnen Schulen. Dafür habe man im vergangenen Jahr 1,4 Millionen Mark an Projektmitteln zur Verfügung gestellt.

Neben den Lehrerinnen und Lehrern, die sich etwa im Zusammenhang mit dem Programm „NRW-Schulen ans Netz“ in Sachen neue Informations- und Kommunikationstechniken kundig machen (und dabei an einzelnen Schulen die Mitwirkung älterer Schülerinnen und Schüler gern in Anspruch nehmen — mit außerordentlich positiven Auswirkungen auf Klima und Zusammenarbeit an der Schule, wie Behler lobend erwähnte), sind auch die Beschäftigten der Schulaufsicht und die Schulleitungen Adressaten der Fortbildung. So werden in Kürze Lehrerinnen und Lehrer, die die Leitung einer Schule anstreben, sich in einem anderthalb Jahre dauernden Kurs in Zusammenarbeit mit der Fernuniversität Hagen auf diese Funktion vorbereiten können.

Sprecher der Ministeriums wiesen den Eindruck zurück, Lehrerfortbildung finde vorwiegend während des Unterrichts statt und stoße bei den Pädagoginnen und Pädagogen auf geringes Interesse. So habe man pro Jahr 600 000 Teilnehmerstunden in der Lehrerfortbildung zu verzeichnen; deutlich über 70 Prozent der Fortbildung finde außerhalb des Unterrichts statt. Neben der staatlichen Fortbildung gebe es Maßnahmen der individuellen Fortbildung sowie Angebote der Verbände und anderer Träger. Behler: „In der Lehrerfortbildung ergibt sich ein vielfältiges und komplexes Bild.“ Die Ministerin erteilte Überlegungen eine Abfuhr, Lehrerinnen und Lehrer, etwa in Sa-

chen Computer und Vernetzung, wegen der Bedeutung dieser technischen Entwicklung für die junge Generation, eine Pflicht zur Weiterbildung aufzuerlegen (eine Überlegung, die der CDU-Abgeordnete Bernhard Recker in die Debatte geworfen hatte); das sei auch nicht nötig, erklärte sie, denn in den vergangenen Jahren hätten sich schon 10 000 Pädagogen in diesem Bereich fortgebildet, das sei ein relativ hohes Tempo. Außerdem könnten sich die Schulen der Anforderung nicht entziehen, die Jugend auf die neuen Medien vorzubereiten.

Begonnen hat die Sitzung des Schulausschusses mit der Erörterung des CDU-Antrags „Notwendige Konsequenzen aus Abiturvergleichen ziehen: Vergleichbarkeit durch zentrale Prüfungen gewährleisten — Rahmenbedingungen für guten Unterricht bereitstellen“ (Drs. 12/3530). Bernhard Recker (CDU) bezeichnete die Debatte, die im Plenum zu diesem Antrag stattgefunden habe, als unbefriedigend, denn es gebe dringenden Handlungsbedarf. Zentrale Prüfungen im Abitur und am Ende der Klasse 10 trügen zu einer höheren Qualität und zur Vergleichbarkeit schulischer Leistungen bei; sie schüfen ein Stück Gerechtigkeit für junge Menschen. Außerdem sei der „Drittelerlaß“ abzuschaffen, der die Nichtwertung einer Klassenarbeit vorsehe, wenn mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler eine als nicht ausreichend bewertete Leistung erbracht hätten.

Brigitte Schumann (GRÜNE) lehnte dies ab und kündigte an, ihre Fraktion werde dem CDU-Antrag nicht zustimmen. Sie warf der Union vor, in Ignoranz oder Verfälschung der Ergebnisse die Überprüfung der Abiturarbeiten, die auf Betreiben der Schulministerin vorgenommen worden sei, fehl zu interpretieren. Der CDU gehe es nicht um die gerechte Bewertung der Leistung einer Oberstufengruppe, sondern ein weiteres Mal um Selektion und die Abwertung der Gesamtschule. Sie frage sich, ob wir nicht sehenden Auges in die Bildungskatastrophe gingen, wenn man nicht anstrebe, daß nicht weniger, sondern viel mehr Jugendliche hochwertige Abschlüsse erlangten.

Friedrich Schepsmeier (SPD) stellte fest, die Ministerin habe aus dem Abiturvergleich bereits Konsequenzen gezogen, denn in NRW (und anderswo, wie er hinzufügte) gebe es noch viel zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung an den Schulen zu tun. Aber die Forderung nach zentralen Prüfungen schlage alles über einen Leisten und sei für die Schule des 21. Jahrhunderts nicht geeignet. Was den Drittelerlaß angehe, so bringe dies nur weitere Daumenschrauben, denn diese Abschaffung erhöhe nur den Druck und fördere nicht die Leistung. Auch die SPD werde den Antrag ablehnen.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) fand, die Fragestellung sei in der Vergangenheit bereits ausreichend diskutiert worden; neue Gesichtspunkte hätten sich durch den CDU-Antrag nicht ergeben. Sie halte nichts davon, die ernste Debatte über eine Verbesserung schulischer Leistungen mit einer Diskussion über die Instrumente zu verwechseln. Wenn die CDU behauptete, die Verbände der Lehrer und Eltern seien für zentrale Prüfungen, dann stimme das nicht, die Bundeselternschaft zum Beispiel sei dagegen. Eine zentrale Stellung der Aufgaben stelle noch nicht die gleiche Beurteilung der Schülerleistungen sicher.



Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat sich unter Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU, r.) mit einer ganzen Reihe schulpolitischer Fragen befaßt, darunter das Problem von zentralen Prüfungen. Die zuständige Schulministerin Gabriele Behler (SPD, l.) gab zwei Berichte ab, zur Lehrerfortbildung und zur Finanzierung von Privatschulen im Lande, die langfristig umgestellt werden soll. Foto: Schälte

Vorsitz, Assistenz und Protokollanz der Ausschüsse

Ausschuß	Vorsitz Abgeordnete/r	Tel.	Assistent/in	Tel.	Stenograph/in	Tel.
Ältestenrat	Ulrich Schmidt (SPD)	2200	Werner Fußbahn	2480	Wolfgang Theberath	2460
Arbeit/Gesundheit/Soziales	Bodo Champignon (SPD)	2643	Frank Schlichting	2580	Otto Schrader	2467
Europa-/Eineweltpolitik	Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU)	2717	Hans-Joachim Wegner *)	2145	Uwe Scheidel	2476
Frauenpolitik	Gerda Kieninger (SPD)	2640	Astrid Hopstein-Menn	2177	Franz-Josef Eilting	2465
Grubensicherheit	Eberhard Sohns (SPD)	2638	Günter Baumann	2522	Wolfgang Theberath	2460
Hauptausschuß	Prof. Dr. Manfred Dammeyer (SPD)	2220	Hans Lennertz	2226	Otto Schrader	2467
Haushalt/Finanzen	Volkmar Klein (CDU)	2907	Silvia Winands	2336	Franz-Josef Eilting	2465
Unterausschuß Personal	Peter Bensmann (CDU)	2767	Hans-J. Donath **)	2338	wechselnd	
Haushaltskontrolle	Rolf Seel (CDU)	2718	Günter Baumann	2522	Christoph Filla	2463
Innere Verwaltung	Klaus Stallmann (CDU)	2723	Wolfgang Fröhlecke	2488	Heike Niemeyer	2462
Kinder/Jugend/Familie	Annegret Krauskopf (SPD)	2674	Astrid Hopstein-Menn	2177	Uwe Scheidel	2476
Kommunalpolitik	Friedrich Hofmann (SPD)	2633	Günter Baumann	2522	Michael Endres	2011
Kulturausschuß	Leonhard Kuckart (CDU)	2261	Norbert Krause	2521	Eva-Maria Bartylla	2051
Ernährung/Landw./Naturschutz	Heinrich Kruse (CDU)	2781	Thomas Wilhelm	2523	Gertrud Schröder-Djug	2477
Migrationsangelegenheiten	Christiane Bainski (GRÜNE)	2749	Frank Schlichting	2580	wechselnd	
Petitionsausschuß	Barbara Wischermann (CDU)	2785	Dr. Hans-Georg Tamblé *)	2425	—	
Rechtsausschuß	Gunther Sieg (SPD)	2792	Georg Schröder	2487	Heike Niemeyer	2462
Schule/Weiterbildung	Heinrich Meyers (CDU)	2729	Wolfgang Kubitzky	2856	Gertrud Schröder-Djug	2477
Sportausschuß	Dr. Hans Kraft (SPD)	2667	Wolfgang Kubitzky	2856	Michael Endres	2011
Städtebau/Wohnungswesen	Adolf Retz (SPD)	2668	Harald Holler	2489	G. Labes-Meckelnburg	2746
Umweltschutz/Raumordnung	Klaus Strehl (SPD)	2151	Thomas Wilhelm	2523	Dr. Hildegard Müller	2433
Verkehrsausschuß	Manfred Hemmer (SPD)	2660	Harald Holler	2489	Dr. Hildegard Müller	2433
Verwaltungsstrukturreform	Renate Drewke (SPD)	2158	Wolfgang Fröhlecke	2488	Michael Endres	2011
Wirtschaft/Mittelstand/Technol.	Hannelore Brüning (CDU)	2536	Georg Schröder	2487	N. N. (f.W. Theberath)	2460
Wissenschaft/Forschung	Ingrid Fitzek (GRÜNE)	2883	Norbert Krause	2521	Eva-Maria Bartylla	2051
EK Zukunft Erwerbsarbeit	Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)	2068	Dr. Seeger/Schmitz	2484	Wolfgang Theberath	2460
EK Zukunft der Mobilität	Johannes Remmel (GRÜNE)	2748	Engelhardt/Lukas	2898	wechselnd	
PUA I „Forensik“	Edgar Moron (SPD)	2675	Brachthäuser/Schlichting	2580	Otto Schrader	2467
PUA II „HDO“	Laurenz Meyer (CDU)	2741	Scharpenberg/Lennertz	2226	G. Labes-Meckelnburg	2746

*) Dem Ausschuß für Europa-/Eineweltpolitik und dem Petitionsausschuß arbeitet jeweils ein eigenes Referat der Landtagsverwaltung zu.

**) zugleich Geschäftsführer des Gutachterdienstes der Landtagsverwaltung

Seit der letzten Veröffentlichung dieser Übersicht haben sich zahlreiche personelle Veränderungen, sowohl im Vorsitz der Ausschüsse als auch bei der Zuarbeit durch die Landtagsverwaltung, ergeben; daher obenstehend die aktualisierte Zusammenstellung. Stand: Februar 1999

Die großen Fensterfronten mit zwei Solarflächen in der zweiten Etage sind nach Süden ausgerichtet. An der niedrigeren Hinterseite befinden sich nur wenige kleine Fenster. Das Haus verfügt über ein zentrales Lüftungssystem, bei dem die (verbrauchte) Abluft und die im Haus erzeugte Energie die durch das Erdreich ins Innere geleitete Außenluft erwärmt. Alle Fenster sind dreifach verglast. Auch beim Baumaterial wurde das ökologische Optimum angestrebt. Restholz wurde zu Platten und Fertigteilen verpreßt. Der Heizenergiebedarf wurde auf unter zehn Kilowattstunden pro Quadratmeter gesenkt und soll 70 Prozent niedriger als bei herkömmlicher Bauweise sein.

Der Quadratmeterpreis von 2.300 Mark reine Baukosten des „Passivhauses“ wurde durch computergesteuerte Planung, Vorfertigung und die kurze Bauzeit (vier Tage) möglich. Ökologische Passiv-Solar-Häuser müßten nicht teurer sein als herkömmliche Niedrigenergie-Häuser, lobte Bauminister Dr. Michael Vesper das Projekt. Der Leiter der Energie-Agentur Wuppertal, Dr. Norbert Hüttenhölischer, wies interessierte Architekten und Handwerksbetriebe auf die unentgeltliche und neutrale Erstberatung durch die Agentur hin. Die Energieagentur NRW wurde 1990 gegründet und hat heute 38 hauptberufliche Mitarbeiter. Hauptziel ist die Beratung von Kommunen und Unternehmen, die ihren Energieverbrauch senken wollen. Im Landeshaushalt waren für rationale Energieverwendung 42,9 Millionen Mark, vor allem für Zuschüsse, veranschlagt.

Erste Passivhaus-Siedlung in NRW eingeweiht

Im Ortsteil Hohkeppel des oberbergischen Lindlar wurde am 10. Februar die erste „Passivhaus“-Siedlung in NRW eingeweiht. Die modernsten Erkenntnisse der Gebäudetechnik, der Bauphysik und der Haustechnik seien kostengünstig umgesetzt worden, erläuterte der Kölner Architekt Manfred Brausem. Die Siedlung aus fünf energiesparenden Häusern wurde von der Landesinitiative Zukunftsenergien gefördert und auf einem Fachkongreß in Köln am 24. Februar als Modellprojekt vorgestellt.



Die erste „Passivhaus“-Siedlung in NRW wurde am 10. Februar im oberbergischen Lindlar eingeweiht. Daß die „Passivhäuser“, die nach modernsten Erkenntnissen umweltschonender Gebäudetechnik, der Bauphysik und der Haustechnik errichtet werden, nicht teurer zu sein brauchen als herkömmliche Niedrigenergie-Häuser, lobte Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE), den die Energieagentur NRW zur Einweihung nach Lindlar-Hohkeppel eingeladen hatte.

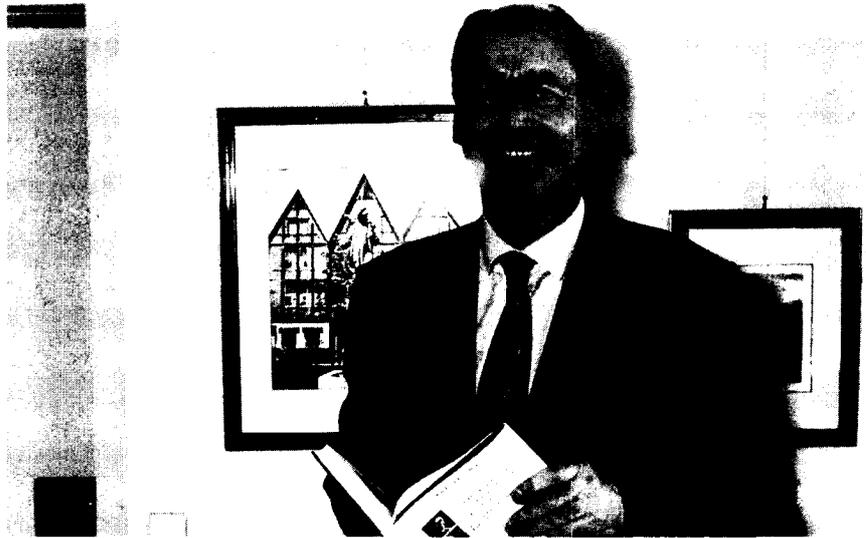
Die CDU-Fraktion 1946–1980 – Eine Parlamentshistorische Untersuchung von Ludger Gruber

Reformwünschen stand Politik im Erfrischungsraum entgegen

Die Aufgabenstellung der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und ihre großen Veränderungen in den Jahren von 1946 bis 1980 sind Gegenstand einer parlamentshistorischen Untersuchung, die Ludger Gruber jetzt vorgelegt hat. Er hat sowohl den Wandel in der Arbeit des einzelnen Abgeordneten, der innerfraktionellen Organisationsformen wie des Führungsstils der Fraktionsvorsitzenden von Konrad Adenauer über Wilhelm Johnen und Wilhelm Lenz bis zu Heinrich Köppler eingehend analysiert. Die Veröffentlichung ist in manchen Aspekten vergleichbar mit den beiden Bänden von Dieter Düding über die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion. Zum Verständnis der politischen Geschichte des bevölkerungsreichsten Bundeslandes wird damit ein sehr wesentlicher Beitrag geleistet.

Nach der jeweiligen Rolle der CDU-Landtagsfraktion in den Positionen als Regierungs- oder Oppositionsfraktion, bei Koalitionsbildungen und in ihren Beziehungen zur Partei auf Landes- und Bundesebene gliedert der Historiker Dr. Gruber seine Untersuchung. Nicht zuletzt verfolgt er aber die Entwicklung von dem nach Kriegsende bestehenden Leitbild des „nebenamtlichen“ Abgeordneten bis hin zu dem „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1975. Damit wurde das Abgeordnetenmandat als Hauptbeschäftigung eingeordnet und ihm der Anspruch auf eine Existenzgrundlage mit einer der „Vollalimentation“ entsprechenden Entschädigung eingeräumt.

Der Verzicht auf die Einbeziehung mancher Vorgänge in der Landespolitik als den praktischen Handlungsfeldern von CDU-Landesparlamentariern und -politikern ist wohl verständlich angesichts der Einordnung der Arbeit in die im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Veröffentlichungen als Band 31 der „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“. Andererseits mußte so der Einfluß einzelner Abgeordneter auf die geschichtliche Entwicklung des Landes außerhalb der Darstellung verbleiben. Das ist zum Beispiel der Fall bei Albert Pürsten, einer zentralen Figur für das am 1. März 1978 erfolgreich abgeschlossene Volksbegehren gegen die von der SPD/ FDP-Koalition geforderte Kooperative Schule. Auch die wichtige Rolle von Rainer Barzel als beurlaubtem Landesbeamten und Geschäftsführendem Mitglied in dem nach dem Sturz der Regierung Arnold 1956 neu geschaffenen CDU-Landespräsidium ist nicht einbezogen. Einen deutlichen Schwerpunkt setzt die Analyse bei dem ungewöhnlichen Regierungswechsel 1966 in Nordrhein-Westfalen. Im Hintergrund steht die Aufkündigung des politischen Rückhalts in der CDU-Landtagsfraktion für die Landesregierung unter Ministerpräsident Franz Meyers. Die CDU/FDP-Koalition war erst ein knappes halbes Jahr vorher nach der Landtagswahl vom Juli 1966 mit denkbar knapper Mehrheit erneuert worden. Der Verfasser prüft eingehend, ob es hier längerfristige Ursachen für das Scheitern der Landesregierung gab. Er kommt aber nicht allein auf



Anschließen an eine erfolgreiche Fraktionsgeschichte will der Fraktionsvorsitzende Laurenc Meyer, der sich Ludger Grubers parlamentshistorische Untersuchung der CDU-Landtagsfraktion 1946–1980 zur Hand genommen hat. Der Wirtschaftspolitiker Laurenc Meyer wurde am 23. Februar im dritten Wahlgang mit 47 gegen 37 Stimmen zum neuen Chef der CDU-Fraktion gewählt. Er setzte sich gegen den Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz durch. Meyer löste Dr. Helmut Linssen ab, der nach seiner Niederlage bei der Wahl des CDU-Landesvorsitzenden gegen Dr. Jürgen Rüttgers als Fraktionsvorsitzender zurückgetreten war. Der 51jährige Diplom-Volkswirt Laurenc Meyer ist Abteilungsleiter beim Dortmunder Energiekonzern VEW.

Grund des Aktenstudiums zum entgegengesetzten Ergebnis, sondern vor allem durch Gespräche mit Zeitzeugen aus dem Landesparlament. Diese haben mehrheitlich erklärt, daß eine persönliche Abneigung zwischen Meyers und dem Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Lenz zwar bestand, daß aber die Zusammenarbeit insgesamt zwischen Regierung und Parlamentsfraktion dadurch nicht in Frage gestellt wurde.

In der Zeit des Ausbaus der Landesverwaltung und der politischen Grundstrukturen für Nordrhein-Westfalen hatte sich der starke Fraktionsvorsitzende Wilhelm Johnen eher als Vermittler in den Beziehungen zwischen Parlament und Landesregierung gesehen. Unter seinem Nachfolger Erich Stuckel zeigten sich erste Ansätze eines wachsenden Selbstvertrauens der Fraktion, die dann unter Wilhelm Lenz zur Rolle eines mehr eigenständigen Partners der Landesregierung überleitete.

Lenz war der erste Vertreter der Nachkriegsgeneration an der Spitze der Landtagsfraktion. Er strebte eine grundlegende Reform und Intensivierung ihrer Arbeit an. Die Einstellung der ersten Fraktionsassistenten und steigende Arbeitsanforderungen nach dem Regierungswechsel von 1966 kamen der Entwicklung zu den von Lenz gewünschten Vollzeitabgeordneten entgegen, die schließlich 1975 in dem „Diätenurteil“ des Bundesverfassungsgerichts anerkannt wurde. Immerhin blieb diese Veränderung auch unter den Abgeordneten umstritten. Zu einem allgemeinen Verzicht auf Berufstätigkeit neben dem Abgeordnetenmandat kam es nicht.

Den Reformwünschen von Lenz für die Fraktionsarbeit standen gelegentlich die durch den „Erfrischungsraum“ im alten Landtagsgebäude nahezu institutionalisierten interfraktionellen Kontakte entge-

gen. Es ist ein wesentliches Verdienst von Gruber, auf die Bedeutung dieser traditionellen Beziehungen hingewiesen zu haben. Zeitzeugen vertreten die Ansicht, im Erfrischungsraum sei oft mehr Politik betrieben worden als sonst im Landesparlament. In punktuellen Absprachen sei dort manche Entscheidung über Parteigrenzen hinweg zustande gekommen. Für Lenz allerdings war diese „Kungelei“ ein Störfaktor, der sich seiner Beeinflussung entzog. Ministerpräsident Franz Meyers dagegen schätzte und nutzte solche Kontakte durchaus.

Die schrittweise Verzahnung zwischen dem CDU-Landespräsidium als Koordinator der damals noch selbständigen Landesverbände Rheinland und Westfalen sowie der Landtagsfraktion unter Lenz wird in der Arbeit von Gruber eingehend behandelt. Das gleiche gilt für den weiteren Ausbau der Fraktionsorganisation, nachdem Heinrich Köppler vor der Landtagswahl 1970 nordrhein-westfälischer Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzender geworden war. Die führende Rolle der Fraktion in der Oppositionsrolle hat sich unter Köppler deutlich verstärkt, zumal er in Personalunion auch den Vorsitz des Landespräsidiums übernommen hatte. Die politische Exekutive der Fraktion hat sich gegenüber dem Landespräsidium bzw. der Partei als immer mehr dominierend erwiesen — ein Vorgang, der auch zum Ende des von Gruber gewählten Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen war. Peter Weigert

(Ludger Gruber: Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980, Eine parlamentshistorische Untersuchung, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 31, Düsseldorf, Droste-Verlag, 1998, ISBN 3-7700-1879-6.)

Institut will westfälische Sportgeschichte konzentrieren

Die weitere Entwicklung des Westfälisch-Lippischen Institutes für Turn- und Sportgeschichte e. V. hat die CDU-Fraktion zu einer kleinen Anfrage an die Landesregierung veranlaßt. Die CDU-Abgeordneten Dr. Annemarie Schraps und Wilhelm Krömer erinnerten zunächst daran, daß das Institut am 14. Januar 1996 auf Schloß Oberwerries bei Hamm gegründet worden sei. Hierbei handle es sich um einen Dienstleistungsbetrieb für westfälische Turn- und Sportvereine, der die an den Universitäten verwaiste Sportgeschichte an einem Ort konzentrieren solle. Sie stellten der Regierung dann die Fragen, welches Aufgabengebiet das Institut abdecke, ob es eine gesicherte finanzielle Grundlage für das Westfälisch-Lippische Institut für Turn- und Sportgeschichte gebe, ob daran gedacht sei, die Arbeit des Institutes auf ganz Nordrhein-Westfalen auszudehnen und wie die Arbeit bei heute schon zunehmenden Aufgaben professionalisiert werden könne. Sportministerin Ilse Brusis (SPD) ergänzte in einer Vorbemerkung die Gründungsgeschichte. Die Gründung des Institutes sei im Rahmen einer Neujahrsmatinée des Westfälischen Turnerbundes erklärt worden. Träger sei ein Verein, der 1997 mit der Registereintragung Rechtsfähigkeit erlangt habe. Gründungsmitglieder seien sieben Persönlichkeiten aus dem westfälischen Turnerbund, der auch durch finanzielle Zuwendungen zur Arbeit des Instituts wesentlich beitrage. Anlaß der Gründung sei nach Angaben des Initiators, daß es an den westfälischen Universitäten keinen Lehrstuhl für Sportgeschichte gebe. Die Ministerin macht dann deutlich, das Land habe bereits 1996 erklärt, daß eine finanzielle Unterstützung des Instituts durch das Land Nordrhein-Westfalen nicht erfolgen könne. Anzumerken sei aus der Sicht der Landesregierung, daß an der Deutschen Sporthochschule in Köln ein Institut für Sportgeschichte mit zwei Professoren bestehe und das deutsche Sport- und Olympiamuseum in Köln voraussichtlich noch in diesem Jahr eröffnet werde. Nach Angaben des Instituts sei mit dem deutschen Sportmuseum bereits 1996 vereinbart worden, die Arbeit auf Westfalen und Lippe zu beschränken und bei Bedarf mit dem Deutschen Sportmuseum konstruktiv zu kooperieren. Zur Frage der Professionalisierung meint die Ministerin, nach eigenen Angaben habe das Institut 1998 von der Stadt Hamm Räume angemietet. Die laufenden Kosten hierfür habe der Westfälische Turnerbund übernommen. Die Ausstattung sei mit Hilfe eines Sponsors und durch finanzielle Unterstützung der Mitglieder bewerkstelligt worden. An der Situation, daß die Mitarbeiter des Instituts ehrenamtlich tätig seien, werde sich wohl nur dann etwas ändern lassen, wenn die Mitglieder des Trägervereins oder andere Sportorganisationen die finanzielle Grundlage dafür schaffen könnten. Frau Brusis schließt, in welcher Form Kooperationen mit den westfälischen Hochschulen möglich seien, wäre zwischen dem Institut und den einzelnen Hochschulen zu klären (Drs.12/3665).



Momentaufnahme im Plenum des Landtags: Der ehemalige Ministerpräsident Johannes Rau (r.) im Gespräch mit seinem Nachfolger als Regierungschef Wolfgang Clement (beide SPD).
Foto: Schälte

Blick hinter den „Fernsehschirm“

Eine Schülerin aus Hilden hat als Praktikantin den Landtag kennengelernt. Ihre Eindrücke und Erfahrungen hat sie für „Landtag intern“ aufgeschrieben:

„Wie bist Du überhaupt darauf gekommen, Dein Praktikum im Landtag zu machen?“ Das ist die Frage, die mir als Schülerin der Stufe 12 am Dietrich-Bonhöffer-Gymnasium in Hilden während meines dreiwöchigen Praktikums im Landtag Nordrhein-Westfalen am häufigsten gestellt wurde. Ich kann nur sagen, daß ich erleben wollte, wie Politik wirklich funktioniert, und was hinter Gesetzesvorhaben und Gesetzesbeschlüssen steckt. Das Bild, das mir die Medien vermittelt haben, wonach die 221 Abgeordneten nur im Plenarsaal sitzen, sich gegenseitig bei ihren Reden zuhören und zum Schluß zur Abstimmung kommen, trifft so allein nicht zu. Ich wußte vorher von all den Arbeitskreisen, Ausschusssitzungen und Beratungen in anderen Gremien, die dem Finden von Entscheidungen vorangehen, und vor allen Dingen von den Aktenbergen nichts. Auch hatte ich keine Ahnung von den vielen Leuten, die sozusagen hinter den Kulissen im Landtag arbeiten, ohne die vieles gar nicht möglich wäre. Ich war erstaunt über die Wagen voller Akten in einem Untersuchungsausschuß, ohne die Abgeordnete den Hintergrund zu einem Sachverhalt gar nicht hätten hinterfragen können. Wieviel Arbeit steckt doch dahinter, ein bestimmtes parlamentarisches Verfahren so weit zu bringen, daß Bürgerinnen und Bürger in den Nachrichten unter Umständen ein Ergebnis in Kurzform erfahren.

Die Bemühungen, politische Informationen öffentlich zu machen, sie dem einzelnen nahezubringen, dazu im Hause selbst Besucher herumzuführen und ihre Fragen zu beantworten, auch Artikel zu verfassen, den Werdegang von Fotos von der Aufnahme bis zum Abzug zu verfolgen, zu sehen, wie man sich um die Presse kümmert und wie nebenbei auch noch Bücher erstellt werden, all das habe ich im Bereich Öffentlichkeitsarbeit miterlebt. Von außen werden solche Dinge manchmal wohl als selbstverständlich angesehen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ich kennengelernt habe, gehört dies ebenso zum Tagesablauf wie der Umgang mit Politik. Deshalb hat es mich gefreut, daß ich die Chance erhielt, einmal hinter den „Fernsehschirm“ gucken zu dürfen. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen, daß Politik eine Angelegenheit ist, die ein hohes Maß an Arbeit erfordert und von vielen Menschen gemeinsam gestaltet wird.

Christiane Müller

Ausstellungen im März

In diesem Monat finden im Landtagsgebäude die Ausstellungen „Bildungsgang Museum- und Ausstellungstechniker“ des Hans-Schwier-Berufskollegs Gelsenkirchen vom 8. bis 19. März im Eingangsfoyer, „Musikschule 2000“ des Landesverbandes der Musikschulen NRW vom 22. bis 26. März im Eingangsfoyer sowie „Selbsthilfe in NRW“ der Selbsthilfe-Kontaktstellen in NRW vom 22. März bis 1. April in der Wandelhalle statt.

SPD-Fraktion

Keine neuen Dienstzeiten für hauptamtliche Bürgermeister

Die SPD-Landtagsfraktion sieht in dem ersten Referentenentwurf zur Modernisierung der Verwaltung eine gute Beratungsgrundlage für das Gesetzgebungsverfahren. Sie hat der Landesregierung jedoch in einigen zentralen Punkten Änderungen empfohlen. „Der Gesetzentwurf soll die Themen behandeln, die wirklich mit der Verwaltungsmodernisierung zu tun haben“, erklärte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer nach der Fraktionsberatung. Dazu gehöre nicht die Weiterbildung und die Dienstzeit der hauptamtlichen Bürgermeister. An anderer Stelle, z.B. der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen, bedürfe es der Präzisierung, bevor der Landtag den ersten Teil des Gesetzentwurfes vor der Sommerpause verabschiede. „Die Kommunen sollen mehr Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung erhalten, deshalb

muß das Modernisierungsgesetz diesbezüglich eine wirkliche Verbesserung sein“, faßte Dammeyer die Meinung der Fraktion zusammen. Die SPD-Fraktion nehme die bisherigen Bewertungen aus den Kommunen sehr ernst und wünsche präzise Regelungen. „Die Neuregelung muß unseren Städten mehr Spielraum geben“, forderte Dammeyer. Die Fraktion wolle nicht mehr Konkurrenz zum örtlichen Handwerk, aber kommunal verantwortete, optimale Dienstleistung dort, wo es sinnvoll und von den Kommunen gewünscht sei. Die bisherigen Erfahrungen, z.B. bei der Energieversorgung, machten deutlich, daß die Kommunen sehr verantwortungsvoll mit dem örtlichen Handwerk kooperieren, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

Nicht einverstanden ist die SPD-Fraktion mit der im Referentenentwurf vorgeschlagenen Verlängerung der Dienstzeiten der hauptamtlichen Bürgermeister. Die fünfjährige Dienstzeit soll laut Entwurf im Rahmen der Experimentierklausel auf acht Jahre verlängert werden können. „Dieses Thema hat mit Verwaltungsmodernisierung nichts zu tun“, kommentierte Manfred Dammeyer. Wenn hier Veränderungsbedarf be-

stehe, müsse das über die Novellierung der Gemeindeordnung geschehen. Allerdings, so Dammeyer, sehe die Fraktion hier überhaupt keinen Handlungsbedarf. Es solle vielmehr bei der jetzt gültigen Regelung bleiben, die die Amtszeit der hauptamtlichen Bürgermeister an die fünfjährige Legislaturperiode der Stadt- und Gemeinderäte koppelte.

Auch die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes habe nichts zu suchen im Gesetzgebungsverfahren zur Verwaltungsmodernisierung, beschrieb Manfred Dammeyer eine weitere zentrale Forderung der SPD-Fraktion. Die Modernisierung des Weiterbildungsgesetzes habe bereits begonnen. Diese Arbeit der zuständigen Arbeitskreise und Landtagsausschüsse solle auch konsequent fortgeführt werden. Deshalb solle der Weiterbildungsartikel aus dem Modernisierungsgesetz herausgenommen werden, verlangte die Fraktion. Dabei gelte es, die drei Säulen der Weiterbildung zu sichern. Für die SPD-Fraktion sei klar, daß es sich hier um eine kommunale Pflichtaufgabe handele; die Hauptamtlichkeit im Bereich Leitung und Planung müsse fortgelten; die Pluralität der Weiterbildung gelte es zu sichern.

CDU-Fraktion

Rot-Grün verhindert Entlastung von Mietern

„Wie lange will die SPD die CDU-Initiative zur Senkung der Fehlbelegungsabgabe noch hinauszögern?“ fragte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Siegfried Zellnig, im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen des Landtags in Düsseldorf. Zellnig: „Im Bundesvergleich hat NRW eine einsame Spitzenstellung bei diesem — vom Prinzip her notwendigen — wohnungsbaupolitischen Instrument. Sie setzt schon bei niedrigen Überschreitungen der Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau ein und fordert höhere Ausgleichszahlungen als die anderen alten Bundesländer.“ Ein Gutachten des Bauministeriums habe deutlich gemacht, daß die — aus Sicht der

CDU zu hohe — Fehlbelegungsabgabe dazu führt, daß Mieter, die in wirtschaftlich stabilen Verhältnissen leben, aus öffentlich geförderten Wohnungen ausziehen, da sie auf dem mittlerweile entspannten freien Wohnungsmarkt günstigere Wohnungen finden. „Zunehmende Leerstände in geförderten Miethäusern und die Bildung von sozialen Brennpunkten in unseren Städten sind die Folge“, kritisierte der CDU-Politiker.

„Die von Minister Vesper verfügte Aussetzung der Fehlbelegungsabgabe in einzelnen Stadtteilen eröffnet der Willkür Tür und Tor“, stellte Zellnig fest. „Im Sinne der Gleichbehandlung muß es zu einer landeseinheitlichen Senkung der Sätze kommen.“

„Bündnis für Radio“
längst überfällig

„Das von LfR und Radio NRW in Auftrag gegebene Gutachten zur Frequenzversorgung des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks hat bestätigt, daß der

WDR technisch überversorgt ist und vom Lokalfunk dringend benötigte Frequenzen blockiert. Das von der CDU geforderte landesweite ‚Bündnis für Radio‘ ist überfällig.“ Dies erklärte Ruth Hieronymi, medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. „Unter dieser Mehrfachversorgung leidet der private Hörfunk in unserem Land erheblich“, kommentierte die Politikerin. Das Gutachten beweise, daß es für öffentlich-rechtliche und private Anbieter in Nordrhein-Westfalen niemals gleiche Startbedingungen gegeben habe. „Nun wundert es niemanden mehr, daß nur wenige Lokalradios schwarze Zahlen schreiben“, stellte Ruth Hieronymi fest.

Geändert werden könne dies nur, indem die technische Versorgung des WDR abgespeckt werde. Die Medienpolitikerin erklärte: „Selbstverständlich müssen die WDR-Hörer ihre Sender weiter in hervorragender Qualität empfangen können. Doch ebenso müssen die Hörer des Lokalfunks zu ihrem Recht kommen, damit der Wettbewerb seine Schiefele verliert.“

DIE GRÜNEN-Fraktion

Diäten-Spende für Verein asphalt in Düsseldorf

Wie in den vergangenen Jahren an agisra e.V. und BUKO wurde auch in diesem Jahr wieder die Netto-Diätenerhöhung der GRÜNEN Landtagsabgeordneten aus dem Jahre 1998 gespendet. Insgesamt 15 800 Mark erhielt asphalt e.V. aus Düsseldorf. Der Verein betreut wohnungslose Frauen und Paare und unterhält mehrere Wohngruppen. Das Bild zeigt von links Bruder Matthäus von asphalt e.V. sowie die Abgeordneten Christiane Bainski und Dr. Stefan Bajohr bei der Scheckübergabe am 23. Februar im Landtag.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Leser schreiben...*

Justizministerin

(„Landtag intern“ Nr. 1/1999, Feier aus Anlaß des 80. Geburtstages der Staatsministerin a. D. Inge Donnep)

In der Ausgabe Nr. 1/99 Ihrer Zeitschrift findet sich auf Seite 16 ein Fehler, den ich zu korrigieren bitte: Und zwar schreiben Sie über die 80jährige Inge Donnep, sie sei 1978 „die erste Justizministerin in Deutschland“ geworden. Dies ist eindeutig falsch. Sie können nicht einfach die Geschichte der DDR ausblenden, selbst wenn sie uns und Ihnen nicht gefällt! Die erste Justizministerin in Deutschland war die DDR-Justizministerin Hilde Benjamin (SED), ob sie Ihnen nun gefällt oder nicht! Die DDR war zweifellos ein Staat in Deutschland, und Hilde Benjamin war eindeutig Justizministerin in diesem Staat und damit die erste Justizministerin in Deutschland. Inge Donnep war insofern die zweite.

(*Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Inhaltsverzeichnis für 1998 erschienen

Das Jahresinhaltsverzeichnis der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ für das Jahr 1998 ist erschienen und kann bei der Redaktion des Landtags, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, auf schriftliche Anforderung hin bezogen werden.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 11. März, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczky (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Presse-
sprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Presse-
sprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

„Sonntagsreden und Montagshandeln klaffen auseinander“, stellt der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Harald Pohlmann enttäuscht fest. Im Moment bestehe zwar ein „Modetrend“ in NRW, den Mittelstand zu loben und zu pflegen, aber das sei eine Frage des politischen Marketings in der offiziellen Landespolitik ohne handgreifliche Auswirkungen.

Pohlmann selbst ist mittelständischer Unternehmer und sieht sich als „klassischen Existenzgründer“. Sein Studium hat er zunächst mit einem selbstgegründeten Sportartikelgeschäft finanziert und seit 1983 ein Freizeitzentrum am Emmerstausee in Ostwestfalen aufgebaut. Dort will er auch als Landtagsabgeordneter weiter unternehmerisch tätig bleiben – und das nicht allein, um die Widersprüche der Wirtschaftspolitik vor Ort weiter verfolgen zu können, sondern auch, weil für ihn diese Arbeit „spannend und sehr motivierend“ ist.

Hinter einem Ladentresen im Einzelhandelsgeschäft seiner Eltern zu stehen, war für Harald Pohlmann bis zu seinem Abitur immer wieder eine Routineaufgabe. „Das prägt“, meint er. „Gegessen wurde dann, wenn gerade kein Kunde da war.“ Bei seinem Studium in Bielefeld, Köln und Hamburg bildete für ihn von Anfang an Wirtschaftsgeschichte den Schwerpunkt.

Seine Magisterarbeit in Bielefeld behandelte die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Seine Hamburger Doktorarbeit aber war von der Persönlichkeit des 1932 verstorbenen Reeders Richard C. Krogmann und dessen Bemühungen um den Aufbau der Seeberufsgenossenschaft bestimmt. „Heute bezeichnet man einen solchen Problemkreis als Frage der Subsidiarität“, betont Pohlmann. Da gehe es darum, wieweit der Staat eingreifen müsse oder ob das Notwendige auch durch Selbstverpflichtung statt durch Gesetz bestimmt werden könne.

„Wir brauchen Taten statt Bürokraten“, sagt Dr. Harald Pohlmann heute. Kostenentlastung und weniger Reglementierung oder Auflagen seien für Existenzgründungen und das Entstehen neuer Arbeitsplätze entscheidend. „Es muß sich auch lohnen, finanzielle Risiken einzugehen, die gerade Unternehmensgründer sehr belasten können.“ In einem Klima von Neid und Mißgunst gegenüber jungen Unternehmern seien aber zu wenige bereit, diese Risiken einzugehen. „Da helfen keine Versprechen und Hochglanzprospekte.“

Pohlmann hat sich das Geld für sein Studium zeitweilig durch Jobs beim Bau verdient. Er bekennt aber auch, daß er durch den Verein, in dem er am Regattasegeln als Wettkampfsport teilnahm, zur Gründung eines eigenen Geschäfts für Boote und Wassersportzubehör ermutigt wurde. So unternahm er schon im zweiten Studiensemester den Schritt in die Selbstständigkeit.

Die Einrichtung von zwei weiteren Geschäften folgte, bis Pohlmann 1982 einer Anfrage der Gemeinde Schieder folgte, am neuen Emmerstausee ein Freizeitzentrum zu eröffnen. Angesichts des großen Kapitalbedarfs dafür verkaufte er die Fachgeschäfte an Mitarbeiter und konzentrierte sich auf den Ausbau der Anlagen an dem 100 Hektar



Dr. Harald Pohlmann (CDU)

großen Stausee in Ostwestfalen. „Daß ich das jetzt trotz der Aufgaben als Landtagsabgeordneter weiterführen kann, verdanke ich der Hilfe meiner Frau und meiner Mitarbeiter“, sagt er. Dennoch gilt für Pohlmann eine Siebentagewoche. Zum Segeln mit Frau und Sohn kommt er nur noch gelegentlich, den Wettkampfsport hat er aufgegeben.

Politisch engagierte sich Dr. Pohlmann 1991 mit dem Beitritt zur CDU. Als Kreis- und Landesvorsitzender der Wirtschafts-Junioren war er häufig in Düsseldorf und bei den Landesministerien. Da drängten ihn Unternehmerkollegen, die Sichtweise mittelständischer Unternehmen auch in der Politik zu vertreten. 1994 wurde er Mitglied im Kreistag Lippe, 1994 auch Kreisvorsitzender und seit einem halben Jahr Bezirksvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT). Er ist außerdem Mitglied im Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe der CDU. Pohlmann führt den Vorsitz in der „Initiative Schieder-Schwalenberg“, einem Zusammenschluß des ortsansässigen Gewerbes.

In den NRW-Landtag kam Pohlmann am 1. August 1998 als Nachrücker für den CDU-Landtagsabgeordneten Wilhelm Riebinger, der wegen seiner Wahl zum hauptamtlichen Landrat des Kreises Soest ausschied. Pohlmann ist ordentliches Mitglied in den Landtagsausschüssen für Haushaltskontrolle sowie für Städtebau und Wohnungswesen, unter anderem auch stellvertretendes Mitglied in der Arbeitsgruppe „Staatsbad Oeynhäusen“ des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

An einen Erfolg von Lösungsstrategien der jetzigen NRW-Wirtschaftspolitik bei einem Ausgleich von Strukturschwächen durch Subventionen glaubt Dr. Harald Pohlmann nicht: „Ausgaben von mehr als 100 Millionen Mark für Projekte wie HDO Oberhausen oder Gran Dorado in Medebach sind meiner Überzeugung nach falsch. Finanzziele und bürokratische Entlastung mittelständischer Unternehmen – das ist, was fehlt.“

Peter Weigert

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 3. bis 15. März 1999

- 3.3. **Manfred Hemmer** (SPD), 62 J.
- 3.3. **Heinz Paus** (CDU), 51 J.
- 3.3. **Rainer Lux** (CDU), 48 J.
- 6.3. **Renate Drewke** (SPD), 47 J.
- 9.3. **Erwin Siekmann** (SPD), 63 J.
- 10.3. **Fritz Kollorz** (CDU), 54 J.
- 14.3. **Manfred Böcker** (SPD), 59 J.
- 14.3. **Annegret Krauskopf** (SPD), 55 J.
- 15.3. **Bernhard Tenhumberg** (CDU), 43 J.



Johannes Rau (SPD), ehemaliger nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und am längsten Mitglied des Landtags, ist nach dem SPD-Parteivorstand auch von der SPD-Bundestagsfraktion offiziell zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl nominiert worden. Der Parteivorstand hatte Rau bereits im vergangenen November mit 26 von 30 Stimmen nominiert. Vier Vorstandsmitglieder hatten sich damals enthalten. Kandidatin der CDU für die Wahl zum Bundespräsidenten ist die ostdeutsche Wissenschaftlerin **Dagmar Schipanski**. Johannes Rau traf bei der Eröffnung der Ausstellung „Wege nach Weimar“ aus Anlaß eines Festaktes zur Weimarer Nationalversammlung erstmals öffentlich mit der Professorin aus Thüringen zusammen. Im Deutschen Nationaltheater Weimar war vor 80 Jahren die Verfassungsgebende Nationalversammlung der Weimarer Republik einberufen worden.



Wolfgang Clement, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, und Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (beide SPD) verabschieden am 21. April die Internationale Bauausstellung Emscher-Park (IBA) in die Schlußphase. In der Kraftzentrale des Landschaftsparks Nord in Duisburg startet die IBA an diesem Tag ihr Finale nach zehn Jahren Arbeit im Ruhrgebiet. Die Fotografen **Hilla** und **Bernd Becher** werden unter anderem die „Ikonen des Wandels“ im Revier künstlerisch ins Bild setzen. Gleichzeitig startet die Junge Deutsche Philharmonie die Reihe „Musik im Industrieraum“ mit einem Konzert. Die Veranstaltungen aus Anlaß der IBA-Schlußpräsentation dauern bis Oktober.



In einem mit sportlichen Elementen durchsetzten Festakt ist Dr. Manfred Rasim, Präsident des Rheinischen Turnerbundes (r.), mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Für die Sportpolitik des Landes gratulierte ihm der Vorsitzende des Sportausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Hans Kraft (l.). Als Geschenk überreichte Kraft eine Lupenmalerei mit dem Porträt des deutschen Philosophen Immanuel Kant.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Stahlrohre halten gläsernen Riesen

Es gilt als eines der modernsten Bürogebäude in Europa, das Düsseldorfer Stadttor im Ortsteil Bilk, unweit des nordrhein-westfälischen Landtages. Die Staatskanzlei des Landes wird dort einziehen und Büros von der sechsten bis zur zwölften Etage des gläsernen Riesen belegen. Ursprünglich sollte der Umzug bereits Anfang dieses Jahres stattfinden. Der Vertrag war bereits am 29. Oktober des Vorjahres geschlossen worden. Um- und Ausbau der Räumlichkeiten hatten sich jedoch verzögert, so daß mit einem Einzug der Staatskanzlei in diesem Monat gerechnet wird. Sieben Millionen Mark muß das Land an Mietkosten jährlich aufbringen. Einsparungen beim Personal und bei zwei bisher angemieteten Gebäuden ergäben künftig indessen ein Plus von drei Millionen Mark jährlich. Das Gebäude des Stadttores ist inzwischen zu einem Wahrzeichen der Landeshauptstadt geworden. Es markiert den Eingang zur Stadt, gleichzeitig aber auch zur neuen Medienmeile in Düsseldorfs altem Hafen. Es zeichnet sich durch außergewöhnliche Bauweise aus. Gehalten wird das Hochhaus durch eine Konstruktion von Stahlrohren, die dem Betrachter, der im Inneren des Gebäudes nach oben blickt, den Eindruck eines schwergewichtigen Gitterwerks vermittelt.

Foto: Kamp

Hans-Dieter Moritz (SPD), Landtagsabgeordneter aus Neunkirchen und Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Siegen-Wittgenstein, ist als kooptiertes Mitglied in den Vorstand des Landkreistages NRW berufen worden. Er wird künftig einer der beiden Landtagsabgeordneten sein, die

mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen teilnehmen. Hans-Dieter Moritz tritt damit die Nachfolge des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, **Adolf G. Retz** aus Jülich an, der aus dem Vorstand des Landkreistages ausscheidet.